

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
jährlich 12 Mk., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
oder deren Raum 60 Pfg. für
politische und gewerbliche Berichte
und Erklärungs-Artikel 30 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 1. September 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Volk von Berlin!

Gestalte die Demonstration am Sonntag zur machtvollsten
Kundgebung Deines unerschütterlichen Friedenswillens!
Marokko ist nicht die Knochen eines einzigen deutschen Ar-
beiters wert!
Nieder mit den Kriegshebern!
Hoch die Solidarität mit unseren englischen und französischen
Brüdern!

Futternot,
Regierung und Agrarier.

Die Lage, die durch die ungenügende Futtermittelher-
zeugung ist, ist so ernst, daß die Regierung nicht untätig
bleiben kann. Freiherr v. Schorlemer, der preussische Land-
wirtschaftsminister, begann damit, daß er ein sehr wortreiches
Handschreiben an die Landwirtschaftskammern ergab. Dieser
Erguß ministerieller Weisheit ist stellenweise überaus
erheiternd. So wenn der Hoffnung Ausdruck gegeben wird,
daß die Ermahnungen der Landwirtschaftskammern die
Schweinehalter bewegen werden, die Fucht nicht aufzugeben.

Ferner ist die Rede von Verabsolung des Waldstreus
aus den staatl. Forsten, was in waldreichen Gegenden
eine kleine Erparnis an Stroh bedeuten würde. Diese Maß-
regeln erinnern an das Sprüchlein von der Mücke: „Jedes
Viehchen hilft.“ sagte sie, und spuckte in den Rhein, um den
Wasserstand zu heben.

Die Ermäßigung der Frachten ist schon insofern eine
absolute Notwendigkeit, als zurzeit die Flußschiffahrt infolge
des niedrigen Wasserstandes ungemein erschwert ist. In normalen
Zeiten werden Getreide, Heu und ähnliche Massengüter meist
auf dem Wasserwege befördert, der ungemein billiger ist. Wenn
jetzt Futtermittel zu ermäßigten Frachtsätzen, die sich auf die
Hälfte der normalen stellen, befördert werden, so stellt sich
dieser Eisenbahntransport immer noch teurer als der Trans-
port zu Wasser. Um so mehr muß man staunen, daß die
Regierung hier auf halbem Wege stehen bleibt. Es gilt nämlich
die Frachtermäßigung für Raufutter (Heu, Klee u. dergl.) und
für einige Sorten Kraftfutter (Dellmehl, Kleie), dagegen
nicht für Getreide zu Futterzwecken. Für Mais, Gerste,
Hafer muß die volle Fracht bezahlt werden. Da, wie
gesagt, der Wassertransport für manche Gegenden fast voll-
ständig ausgeschlossen ist, die Zufuhr per Bahn aber horrend
teuer ist, so sind die Landwirte jener Gegenden nicht in der
Lage zurzeit die Futtermittel zu beschaffen, sondern müssen
warten, bis die Flüsse wieder schiffbar werden. Dabei wäre
gerade jetzt der Bezug dieses Futtergetreides von entscheidender
Bedeutung, denn es kommt darauf an das Vieh durchzuhalten,
bis die Kartoffeln und Futterrüben eingebracht sind. Die
Herabsetzung der Fracht für Raufutter ist kein Ersatz, denn
Heu und Klee sind nur schwer aufzutreiben. Die schönen
Wiederkäuer von der Notwendigkeit der Erhaltung des Vieh-
bestandes klingen daher wie Pohn, denn die Landwirte,
denen die Futtermittel fehlen, werden schließlich gezwungen,
schon jetzt Vieh zu verkaufen.

Ueber die Hauptsache, die Suspendierung
der Zölle, schweigt sich der Herr Minister
hartnäckig aus.

Dieser so eigentümliche Standpunkt der Regierung, daß
eine Erleichterung des Bezuges von Futtergetreide nicht not-
wendig sei, weder durch Aufhebung der Zölle, noch selbst
durch Herabsetzung der Eisenbahnfracht, deutet sich — wie nicht
anders zu erwarten war — mit dem Standpunkt der
Agrarier.

Die „Deutsche Tageszeitung“ speit Feuer und
Blamme gegen die, welche die Aufhebung der Zölle fordern.
Ihre Argumentation ist so erheiternd, daß wir sie in dieser
ernsten Zeit den Lesern nicht vorenthalten wollen:

Im voraus ist hierbei zu bemerken, daß es nicht richtig ist,
überhaupt von Futtermittelzöllen zu sprechen, selbst nicht bei
Hafer, Gerste und Mais. Nicht das Futtermittel als solches
ist mit Zoll belegt, sondern der Zoll liegt auf dem Ge-
treide zum Schutze des betreffenden heimischen Getreide-
baues. Der Hafer ist mit einem Zoll belegt zum
Schutze des Haferbaues, die Gerste zum Schutze des Gersten-
baues, der Mais zum Schutze von Weizen, Roggen, Hafer, Gerste
und Kartoffeln. Jede Verminderung des Zollschutzes auch nur auf
Zeit trifft den heimischen Getreidebau und die heimische Getreide-
ernte. Auch an den sogenannten Futtermittelzöllen hat die ge-
samte Landwirtschaft ein starkes und allgemeines Interesse. Die
Interessen der deutschen Getreidebauer und der deutschen Vieh-
züchter greifen so ineinander über, daß wenn man irgendwo
eine Lücke läßt oder aufstut, sofort die Wirkung des ganzen
Schutzsystems beeinträchtigt oder gefährdet wird. Wollte
man den Zoll auf Hafer und Gerste zeitweise aufheben, so
würden die deutschen Bauern, die Hafer und Gerste geerntet
haben, empfindlich geschädigt, vorausgesetzt, daß die Aufhebung des
Zolles im Preise zum Ausdruck käme. Man würde also durch eine
solche Maßregel ihre Not nicht lindern, sondern vermehren. Vom
Mais gilt das gleiche. Die Aufhebung des Maiszolles würde,
wiederum vorausgesetzt, daß sie im Preise zum Ausdruck käme,
nicht nur die Getreide-, sondern auch die Kartoffelbauern schädigen
und den Notstand vermehren.

Also: die Futtermittel sind nicht mit Zoll belegt, sondern
nur der Hafer, der Mais, die Gerste. Dem Rindvieh und den
Vorstütern muß man demnach plausibel machen, daß sie
deshalb Mais nicht bekommen, weil es ein zu teuer ge-
wordenes Futtermittel ist, sondern weil es halt Mais ist.
Weder den Viehzüchtlern, noch dem Landwirte, der sie hungern
lassen muß, wird — fürchten wir — damit geholfen sein.
Ferner wird Tausenden und Abertausenden von Bauern nicht
einleuchten, daß ihr Vieh zugrunde gehen muß, weil die
Zölle... „die einheimische Landwirtschaft schützen.“ Auf
welche Weise die Bauern „geschützt“ werden sollen, durch
künstliche Verteuerung des Getreides und der Kartoffeln,
dürfte ein Geheimnis des Agrarierblattes bleiben. Da
nämlich diese Bauern nicht in der Lage sind, unter den ob-
waltenden Verhältnissen auch nur die geringsten Mengen des
geernteten Produktes zu verkaufen, so ist ihnen mit hohen
Preisen nicht gedient: sie müssen Futtermittel zu-
kaufen und daher wird ihnen der hohe Preis
zum Verderben.

Freilich: der Standpunkt der Agrarier wird sofort ver-
ständlich, wenn man sich erinnert, daß in Deutschland die
Großgrundbesitzer und Großbauern vielfach Verkäufer von
Getreide und Futtermitteln sind, die Kleinbauern hingegen
Käufer.

Diese Tatsache wird klar und deutlich durch folgende
Zahlen erläutert. Teilt man die landwirtschaftlichen Betriebe
in zwei Größenklassen, solche mit einer landwirtschaftlich be-
nutzten Fläche bis zu 20 Hektar und über 20 Hektar, so er-
gibt sich folgendes: die Betriebe unter 20 Hektar haben ins-
gesamt eine Fläche von rund 15 458 000 Hektar zur Ver-
fügung, die Betriebe über 20 Hektar eine Fläche von
16 377 000 Hektar. Die Kleinbetriebe hatten nach der Zählung
von 1907 einen Viehbestand von 12 344 000 Stück Rindvieh,
13 824 000 Stück Schweine. Dagegen die Großbetriebe:
7 733 000 Stück Rindvieh, 5 041 000 Stück Schweine. Es ist
also klar, daß von dem Ertrage eines Hektars ungleich mehr
Tiere im Klein- als im Großbetriebe ernährt werden müssen.

Deshalb ist der Kleinbauer darauf angewiesen, die geernteten
Futtermittel zu verhandeln; der Großgrundbesitzer aber hat
Ueberfluß. Es kommt hinzu, daß die Großbetriebe überdies
aus ihren Brennereien, Zuckerfabriken, Bierbrennereien wert-
volle Futtermittel als Abfallprodukte beziehen (Müllenschnitzel,
Treber, Plempel).

Es sind also die Großgrundbesitzer und Großbauern in
der Tat an dem „lückenlosen Schutzsystem“ interessiert und
bei dem jetzigen Notstande mehr als je. Die kleine Bauern-
schaft wird gezwungen, ihnen horrenden Preise für Hafer,
Gerste und Roggen zu bezahlen, wenn sie ihr Vieh durch-
halten will. Für die nächste Zukunft aber ist mit einer
starken Steigerung der Viehpreise zu rechnen und dann, wenn
die Viehbestände der Bauern stark gelichtet sind, winkt den
Großgrundbesitzern von neuem ein Extra-
profit. Dazu kommt, daß heute die Dinge in der Land-
wirtschaft bereits wieder sich so gestalten, daß das Bauern-
legen ein profitables Geschäft wird. Werden also die bäuer-
lichen Besitzer, von denen viele das Schwergewicht ihrer Wirt-
schaft auf die Viehhaltung gelegt haben, durch das Notjahr
ruiniert, so können die Junker billig Bauernhöfe erwerben.

Wenn die Dürre eine Fügung Gottes ist, wie Wilhelm II.
verkündet, so scheint dieser Gott ein besonderer Freund der
Junker zu sein, und die gottesfürchtige Regierung Deutschlands
tut was sie kann, um ja nicht durch Milderung ihrer wahr-
sinnigen Wirtschaftspolitik die Folgen dieser Fügung für die
Kleinbauern zu mildern.

Neben dem Bauern ist es natürlich auf den städtischen
Konsumenten abgesehen. Der „lückenlose“ Zolltarif hat die
schöne Eigenschaft, daß er die Preise für die Nährstoffe von
Vieh und Mensch gleichmäßig in die Höhe treibt, und ganz
besonders gilt das vom Getreide. Werden Hafer und Gerste
teurer, so wird auch Roggen teurer. Zurzeit beobachten wir
am Markte das anormale Verhältnis, daß Hafer und Futter-
gerste, die für gewöhnlich tiefer im Preise stehen, als Roggen,
bereits teurer sind. So wurden am letzten Sonnabend an der
Berliner Börse folgende Preise verzeichnet: für sofort liefer-
bare inländische Ware pro Tonne: Roggen 170—175,50 Mk., Hafer
neuer Ernte 176—180 Mk., gute Futtergerste 176—186 Mk.

Es ist klar, daß bei dieser Marktlage die Landwirte, die
über Roggen verfügen, nicht daran denken, diesen zu verkaufen
und Hafer oder Gerste als Viehfutter zu kaufen, sondern sie
füttern einfach mit Roggenschrot. Dies und der Umstand, daß
bei dem „erprobten System“ der Einfuhrschaine Getreide aus-
geführt wird, um die Ausfuhrprämie einzusparen, muß natür-
lich dazu führen, daß alsbald die Getreidevorräte sich ver-
ringern, die Roggenpreise in die Höhe getrieben werden, zumal
wenn die Spekulanten ihre Künste nach dieser Richtung
spielen lassen, was nicht ausbleiben wird. So führt dem
„lückenlosen“ Zolltarif dazu, daß auch eine Verteuerung des
Brotgetreides eintreten muß, trotzdem Deutschland eine relativ
günstige Getreideernte hat.

Daß die Regierung in ihrer „gottgewollten Abhängigkeit“
von den Agrariern sich dem Willen dieser Nachhaber fügen
wird, war voraussehen. Jedenfalls wird ihr Gelegenheit
gegeben werden, vor dem Reichstage aufs neue ihre volks-
feindlichen Tendenzen klarzulegen. Die Entscheidung
aber liegt beim Volke, das zu zeigen hat,
ob es fürder sich vor einer Clique schamloser
Brotwucherer beugen will, oder ob es ge-
sonnen ist, die Entscheidung in die eigene
Hand zu nehmen.

Leuerungsdemonstrationen in Frankreich.

Die Folgen der steigenden Lebensmittelpreise haben in Frank-
reich in verschiedenen Orten zu Demonstrationen geführt, die

stellenweise einen tumultuösen Verlauf nahmen. Das offiziöse Telegraphenbureau verbreitet darüber folgenden Bericht, der sich anscheinend von tendenziöser Übertreibung nicht frei hält:

Die infolge der teuren Lebensmittelpreise in verschiedenen Städten Nordfrankreichs vorgekommenen Ruhestörungen nehmen einen immer gewalttätigeren Charakter an. In Douai trafen gestern Abend mehrere hundert Frauen und Männer aus dem benachbarten Dorignies ein und zogen unter dem Gesänge der „Internationale“ und anderer revolutionärer Lieder vor das Stadthaus, wo sie vom Gemeinderat wiesame Maßnahmen gegen die Preissteigerung der Lebensmittel verlangten. Der Gemeinderat nahm infolgedessen einen Beschlußhantag auf Abschaffung der Zölle auf Fleisch und Nahrungsmittel an. Die Menge gab sich jedoch nicht zufrieden und marschierte unter dem Rufe: „Es lebe die Sabotage!“ durch die Stadt.

Das Justizpolizeigericht von Vesnes bestrafte mehrere Frauen, die vorgestern auf dem Markt in Hautmont Ruhestörungen verursacht hatten, mit Gefängnis von zwei bis vier Monaten. Das Urteil rief unter den Vergleuten des Bedenkens von Naubeuge außerordentliche Aufregung hervor. Der Allgemeine Arbeiterverband forderte die Arbeiter in einem maßlos heftigen Aufruf auf, zum Zeichen des Protestes heute vormittag zu streiken.

Im Bezirk von Valenciennes wurden viele Kaufleute von den Arbeitern zu der schriftlichen Erklärung gezwungen, nur zu Preisen, die von den Arbeitern festgesetzt seien, zu verkaufen. Die Geschäftsleute, die unter diesen Umständen nur mit Schäden arbeiten, schlossen die Läden. Die Regier beschloßen, wegen der hohen Viehpreise bis auf weiteres nicht mehr zu schlachten. Die Fleischhauer von Valenciennes, die einer Versammlung im Stadthause beigewohnt hatten, wurden von der Menge beschimpft und mußten in ein Café flüchten. Zur Wiederherstellung der Ruhe ist eine Schwadron Reiter nach Valenciennes entsandt worden.

In Fresnes drangen Ruhestörer in Geschäfte ein, deren Besitzer sich geweigert hatten, Eier zu billigeren Preisen zu verkaufen, vernichteten die Einrichtung und plünderten die Vorräte. Ein Bäcker wurde infolge der Aufregung vom Schläge getroffen und war sofort tot.

In St. Quentin kam es gestern Abend zu neuen Ruhestörungen, wobei ein Laden vollständig ausgeplündert wurde. Der Unterpräfekt und zwei Polizisten, welche einschreiten wollten, wurden von der wütenden Menge verwundet.

Natürlich hat die französische Sozialdemokratie mit diesen spontanen Ausbrüchen nichts zu tun. Soweit wirklich Gewalttaten vorgekommen sind, handelt es sich um bedauerliche Verzweiflungsausbrüche unorganisierter Massen. Das hindert die „D. Tagesztg.“ nicht, ihren geistig schwerfälligen Lesern die frohe Botschaft auszusprechen, die Sozialdemokraten hätten „förmliche Räuberbanden“ gebildet, welche über die Bauern herfallen, sie mißhandeln, ausrauben und ihre Gehöfte ausplündern.“ Der Zweck dieser niederträchtigen Hege ist allerdings durchsichtig. Es soll den Bauern, die mit der Zeit doch an dem Ruhen ihres Bundes mit den Junkern zu zweifeln anfangen, Angst vor der Sozialdemokratie gemacht werden, um die Geängstigten wieder an ihre selbsthätigen Feinde zu ketten.

Die Marokkoaffäre.

Volkshafter Cambon ist in Berlin eingetroffen und es ist möglich, daß die neuen Besprechungen heute beginnen. Die Verhandlungen sollen angeblich in der Weise vor sich gehen, daß zunächst über die Sicherung der französischen politischen Handlungsfreiheit und der wirtschaftlichen Ansprüche Deutschlands in Marokko gesprochen wird; würde Frankreich die Handlungsfreiheit zugestanden, so kämen dann die Kompensationen an die Reihe, die angeblich bedeutend seien, aber von Frankreich nicht mehr vergrößert werden würden.

Das Märchen von der „schwarzen Armee“.

Zu der alldeutschen Erfindung von der Gefahr, die Deutschland von einer französischen Regenerarmee erwachsen könnte, sagt die „Kuroze“: Wenn Deutschland in einem Abkommen sich die Nichtverwendung schwarzer Soldaten in Europa ausbedingen wolle, würden sie rasch einig werden. Denn man kommt in Frankreich bereits von dieser unüberlegten Verblendung zurück. Das leugnen zwar die Urheber dieser Idee, aber die Tatsache ist unleugbar. Schon in seinem Bericht über das Kriegsbudget mußte Herr Clemmentel Vorbehalte machen und auf jeden Fall ausdrücklich die Verwendung von Truppen in dem Mutterstaat verwerfen. Die schwarzen Truppen nur für die Kolonien, das ist die wirkliche und einzige Lösung und schon das ist eine überaus englische Hoffnung.

Unser Selbstgefühl hat mit dieser Frage nicht das geringste zu schaffen. Wenn Deutschland bei seiner Befürchtung bleibt und von uns eine Verpflichtung verlangt, übernehmen wir sie ohne Zögern!... Die Republik hat es nicht nötig, von anderen Soldaten als ihren eigenen Bürgern verteidigt zu werden.

Man sieht also, die alldeutschen Lügen haben kurze Beine.

Das Vorgehen der Spanier.

Madrid, 31. August. Der Ministerrat beschäftigte sich heute mit den Verhandlungen über Marokko. Ministerpräsident Canalejas drückte die Hoffnung aus, daß die Rechte Spaniens durch die an den marokkanischen Angelegenheiten interessierten Nationen werden beachtet werden, und seine Hoffnung auf eine baldige befriedigende Beendigung der gegenwärtig schwebenden Verhandlungen über Santa Cruz de Mar Pequena; er betonte mit Nachdruck die Notwendigkeit, diesen Teil der marokkanischen Rüste vor Ende September zu besetzen.

Die Protestbewegung.

Die Straßburger Arbeiterkassette demonstrierte am Mittwochabend in einer Massenversammlung gegen die Bedrohung des Weltfriedens durch das marokkanische Abenteuer. In einem der größten Säle Straßburgs hatten 1200 Personen dichtgedrängt Platz gefunden, während eine mindestens ebenso große Anzahl vergebens Einlass in den abgeperrten Saal begehrte. Der Referent, Genosse Dr. Weill, sprach unter der lärmigen Zustimmung der Massen gegen die Kriegshege und erklärte es für die selbstverständliche Pflicht des Proletariats, die Verwirklichung der kriegerischen Versuche mit allen Mitteln zu hindern. Eine Resolution, die im Sinne des Referats gehalten war, fand einstimmige Annahme.

Die Schweizer Arbeiterkassette nahm in einer von etwa 1000 Personen besuchten Protestversammlung Stellung zu den völkerverräterischen Untrieben der Kriegshege. Genosse Respitäl-Moskoff führte in seinem Referat unter begeisteter Zustimmung den Versammelten vor Augen, wo die treibenden Kräfte in dem Intrigenspiel um Marokko seien. Jubelnden Beifall fand der

Redner, als er zum Schluß seiner Ausführungen hervorhob, bei der nächsten Reichstagswahl den Kriegshegen und ihren Hintermännern die Antwort durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel zu erteilen.

Neue Englandhetze.

Genosse Eduard Verstein sendet uns folgende Ausführungen: Wie im „Vorwärts“ schon erwähnt worden ist, hat das Pseudo-Interview des englischen Volkshäufers in Wien einem Teil der bürgerlichen Presse erwünschten Anlaß gegeben, von neuem das Publikum gegen England wild zu machen. Ich will auf das Interview und seine eigentümliche Belanmtgabe nicht näher eingehen. Die Sache ist vorläufig noch ziemlich mysteriös und sieht fast so aus, als sei Sir Fairfax Baigton Cartwright in eine ihm gestellte Falle gelassen. Jedenfalls aber ist der Herr für die Sozialdemokratie eine gleichgültige Persönlichkeit. Nicht gleichgültig ist dagegen, daß systematisch daran gearbeitet wird, das deutsche Volk mit Gewalt in einen blinden Englandhaß hineinzutreiben. Dieser Agitation kann nicht energisch genug entgegengetreten werden.

Eine ihrer unermüdlichen Wirkungen hat sich ja auch deutlich genug gezeigt. Es mag ein Zufall sein, daß der Ausbruch der neuen Hege im Datum auch mit jener Rede Wilhelms II. zusammenfällt, die auf eine kommende Erweiterung des deutschen Flottenprogramms folgern läßt. Aber der Sache nach gehören Englandhetze und endloses Rasten selbstverständlich zusammen. Das eine arbeitet da für das andere. Sarcinen heute schon alldeutsche Phantasien: „wozu haben wir denn die teuren Schiffe, wenn wir sie nicht gegen England loslassen“, so erhöht jede Fesselung der Flottenlasten die Gefahr, daß der große Haufe der Stimmungs-politiker sich in ähnliche Gedanken hineinlebt. Haben doch die wenigsten einen klaren Begriff davon, was ein feindseliger Zusammenstoß zwischen Deutschland und England bedeuten würde. Es ist unglücklich, wie leicht selbst Leute, bei denen man Kenntnis der weltpolitischen Kräfte und Zusammenhänge voraussetzen kann, die Idee eines solchen Zusammenstoßes nehmen.

Am zunächst mit dem Wirtschaftlichen zu beginnen, so müten diejenigen, welche dem deutschen Volk jetzt Stille tropischen oder subtropischen Landes als paradiesische Schätze vor Augen halten, um bereitwillig es bereit sein müsse, England in die Waden zu fahren, ihm die Rolle des Hundes in der Fabel zu, der das Stild Fleisch, das er im Munde hielt, losließ und nach dessen ihm größer erscheinendem Widerpiel im Wasser schnappte. Keine etwa zu erwerbende Kolonie kann für Deutschlands gewerbetreibende Massen den Wert unseres friedlichen Austausch mit Großbritannien und seinen Kolonien aufwiegen. Was speziell Südmarokko anbetrifft, um dessen willen jetzt so viel Lärm geschlagen wird, so muß selbst derjenige, der dem Erwerb der Kolonien für Deutschland nicht schlechthin ablehnend gegenübersteht, sich sagen, daß dies Gebiet sogar geschenkt dem deutschen Volk leicht zu teuer kommen würde. Man preist es als ein gewaltiges Siedlungsgebiet mit großartigen Möglichkeiten für Baumwollkulturen an. Als ob nicht da die eine Eigenschaft der anderen ins Gesicht schlägt. Die Baumwolle erfordert ein Klima, das Mittelmeuropäer als Siedler erfahrungsgemäß nicht vertragen. Man kann geradezu sagen: wo Baumwolle gedeiht, gedeiht kein mitteleuropäischer Siedler, und wo mitteleuropäische Siedler gedeihen, gedeiht keine Baumwolle. Die Arbeiter auf den Baumwollpflanzungen Südmarokkos würden Nicht-Europäer sein müssen. Woher aber die nehmen? Etwa aus den Stämmen, die Südmarokko heute bevölnen und mit denen noch keine Regierer fertig geworden sind? Auf unabsehbare Zeit hinaus würde Südmarokko dem deutschen Volke nur kosten, und zwar würde es nicht nur sehr viel Geld, sondern auch Blut, sehr viel Blut erfordern. Die Erfahrungen mit den Hereros in Südwestafrika sind Kinderpiel dagegen. Welcher Wahnsinn daher — ja, man kann mit Jung sagen, welcher verbrecherische Wahnsinn, um einer Sache willen, bei der schon das ureigene Interesse des deutschen Volkes die nächstbeste, realistische Überlegung verlangt, dieses Volk in eine steigende Hege gegen ein Land hinein-zutreiben, mit dem es jetzt in friedlichem Verkehr jahraus jahrein Betriebsprodukte von zusammen Milliarden im Wert austauscht, dessen Markt von allen großen Mächten der einzige ist, wo Erzeugnisse der deutschen Industrie ohne Zoll Aufnahme finden.

Es ist aber nicht nur der Handel mit England, der bei der Frage unserer Beziehungen zu diesem Staate in Betracht kommt. Selbst unsere verbodhrtesten Alldeutschen können sich darüber keinen Täuschungen hingeben, daß Deutschland als politische Macht in der Welt der Kulturvölker außerordentlich wenige wirkliche Freunde hat. Zum Ueberflus sorgen sie ja noch selbst dafür, daß Deutschland Gegner bekommt, wo es keine zu haben braucht. So sind z. B. die Polen Oesterreichs lange ein deutschfreundliches Element gewesen, und noch heute besteht in Galizien weit über die Kreise des Schlagszentrums hinaus bei den Polen der Wunsch, mit den Deutschen sich gut zu stellen. Aber mit der Ostmarkenpolitik, wie unsere Alldeutschen sie predigen, ist das natürlich auf die Dauer nicht möglich. Auf ähnliche Weise müht man sich von dieser Seite immer wieder ab, durch eine schneidige „Nordmarkenpolitik“ und die Sympathie der skandinavischen Völker zu verschern.

Im Gegensatz dazu hat England durch eine umgekehrte Politik neuerdings seine Stellung in der Welt ganz erheblich verbessert. Es handelt sich da nicht um die Einkreisungspolitik Eduards VII., auf deren Rechnung höchstens die Verhängung Englands mit Frankreich zu legen ist. Nein, was hier in Betracht kommt, ist die von Campbell Bannerman eingeleitete und bisher von seinem Nachfolger Asquith fortgesetzte Politik des demokratischen Ausbaues des britischen Weltreichs. Es ist die Politik, die durch Gewährung von Selbstregierung an den Rand der südafrikanischen Kolonien die Werten und das holländische Element mit England verflocht hat, die die abenteuerlichen Reichsverbandspläne aufgegeben und statt die selbstregierenden Kolonien hinsichtlich an die Handelspolitik des Mutterlandes zu ketten, sie als freie Bundesglieder zur Mitberatung der Angelegenheiten des Weltreichs herangezogen hat. Die bedeutende interne Festigung des Reichs, die diese Politik schon zur Folge gehabt hat, wird noch eine beträchtliche Steigerung erfahren, wenn das Ministerium Asquith die von ihm als seine nächste große parlamentarische Maßregel angeordnete Verwirklichung von Home rule für England zur Durchföhrung bringt. Es wird das ein Ereignis von weltpolitischer Tragweite sein. Dements für Irland wird unter anderem das Verhältnis zwischen England und den Vereinigten Staaten so günstig gehalten, wie das in der modernen Konkurrenzgesellschaft überhaupt möglich ist. Was in die neueste Zeit hinein waren in den Vereinigten Staaten bei Streitigkeiten mit England die Tren ein England feindsichtiges Element. „Englands Verlegenheit ist Irlands Gelegenheit“ war ihr politisches Dogma. Das hört alsdann auf. Der Zusammenhalt der englischsprechenden Welt wird von einem störenden Faktor befreit. In einem Kampf, der darauf abzielt, England an seinem Lebensnerv zu treffen — und ein anderer hätte unter dem Gesichtspunkt der deutschen Hegepatrioten seinen Sinn — würde sich das Gemeinsamkeitsgefühl vor-ausichtlich sehr energisch geltend machen. Diese erstaunlichen

Politiker, welche die Welt nach Verbündeten gegen England absuchen, könnten da eigentümliche Dinge erleben.

Sie glauben jetzt solche Verbündeten in den Indiern und Ägyptern zu haben. Hinsichtlich Indiens würden sie sich voraussichtlich schwer verrechnen. Die Partei in Indien, die eine völlige Loslösung von England will, ist außerordentlich schwach. Die übergroße Mehrheit der indischen Nationalpartei will eine Art Homerus unter englischer Oberhoheit. Etwas anders steht es in Ägypten. Aber, wie es schon im Flugblatt des Parteivorstandes richtig heißt, das äußerste, was ein Krieg Deutschlands mit England mit Bezug auf die genannten Länder erwirken könnte, wäre, Englands Herrschaftstellung dort ein Ende zu machen, keineswegs aber die Erhebung von England durch Deutschland. Unter dem Gesichtspunkt der Kolonialpolitik wäre also für Deutschland gar nichts gewonnen. Es ist vielmehr durchaus nicht ausgeschlossen, daß Deutschland dabei noch verlieren würde. Man muß sich nur die Frage nach den möglichen Erben Englands vorlegen, um die Antwort auf die Frage zu finden.

England hat Regierungen und auswärtige Minister aller Art gehabt und Deutschland gegenüber oft Schöfel gehandelt. Aber andere Staaten haben es auch getan, und wenn England Deutschland gegenüber ein Schuldkonto hat, so hat es ihm gegenüber auch ein Kreditkonto. Schlichtlich ist es den Deutschen in keinem Lande der Welt besser gegangen als in England und seinen Kolonien. Das hat in den letzten Tagen erst wieder ein Mitarbeiter in den „Hamburger Nachrichten“ in einer Artikelreihe dargelegt, und unzählige Beispiele ließen sich dafür anführen. Das kann natürlich kein Grund sein, daß Deutschland sich sozusagen überall stillschweigend von England beiseite schieben läßt. Aber welcher vernünftige Mensch verlangt das letztere? Es wird dem deutschen Volke geradezu vorenthalten, wie viele angelehnte Politiker und große Zeitungen Englands einem Entgegenkommen Deutschlands Wünschen gegenüber das Wort reden, — von der unablässigen Belämpfung des Jingoismus durch die englischen Sozialisten gar nicht zu reden.

Es kann gar nicht oft genug betont werden: die Englandhetze und Englandfurcht bei und nicht zu neumanndeutig Hundertsteln auf gänzlich zeitwidrigen politischen und handelspolitischen Anschauungen. So kann man bis weit in die Linke hinein von Deutschen hören, der Zusammenstoß zwischen England und Deutschland sei schon deshalb unvermeidlich, weil die deutsche Konkurrenz England immer unbehaglicher werde. Als ob ein Krieg irgendetwas von Belang an Wirtschaftsfaktoren ändern kann, die in den Wirtschaftskräften der Völker wurzeln und in den modernen Verkehrsverhältnissen ihre Nahrung finden. Während aber die Entwicklung des Weltverkehrs das Abdrängen vom Weltmarkt immer schwerer macht, macht es das gewalttätige Erobern immer unrentabler, das Niederhalten von Völkern immer aussichtsloser. Schon aus reinen Verstandeserwägungen muß mit den politischen Ideen gebrochen werden, die aus Zeitaltern der Eroberungen sich in unsere Zeit hineinvererbt haben. Wer sich von ihnen nicht befreien kann, der mag sich sonst für noch so vorgebildet halten, er wird im entscheidenden Moment doch den Reaktionsmächten zum Opfer fallen, ihr Werk verrichten. Das müsten wir namentlich auch einigen linksliberalen Blättern zurufen, die da immer wieder glauben, jenen Anschauungen irgendwie Rechnung tragen zu müssen. Gerade in den Fragen der internationalen Politik ist Halsbort oft besonders verhängnisvoll. Und warum nicht rückhaltlos vom Geist und den Anforderungen der neuen Zeit leiten lassen? Woran Deutschlands Entwicklung auch in der Weltpolitik krankt, das sind Erbträmer aus der Zeit der Eroberungen, die es noch mit sich herumschleppt. Was ihm dagegen heute seinen geachteten Namen in der Welt gibt, sind Leistungen auf den Gebieten von Wissenschaft und Technik, von Literatur und Kunst, von Organisation und Verwaltung. Da liegen seine Reiche und bei ihnen ist die Zukunft.

Bevorziehender Kampf im britischen Bergbau.

London, 29. August. (Fig. Ber.)

Nach der Beendigung des Eisenbahnerstreiks atmete das englische Bürgertum erleichtert auf. Aber schon ballen sich die Wolken zu einem neuen Gewitter zusammen und eine beklemmende Angst hat sich der herrschenden Klassen bemächtigt. Ein Riesenkampf zwischen den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern steht bevor.

Der bekannte Bergarbeiterführer Cartthorn hielt letzten Sonntag eine Rede, in der er prophezeite, daß innerhalb zweier Monate ein allgemeiner Bergarbeiterstreik ausbrechen werde. Erschrocken fragte man bei anderen Bergarbeiterführern an und fand, daß selbst die bedächtigen unter ihnen nicht geneigt waren, die Möglichkeit eines Generalstreiks der Bergarbeiter zu leugnen. Inzwischen sind Ereignisse eingetreten, die deutlich auf den kommenden Kampf hinweisen. Die Bergarbeiter des unteren Rhonddales (nicht die Arbeiter des „Cambrian Combine“, die jetzt nach langem heroischem Kampfe die Arbeit wieder aufnehmen) haben ein Manifest veröffentlicht, in dem sie fordern, daß in Wales der Generalstreik proklamiert werden soll, um den Minimallohn für alle Bergarbeiter zu erringen. An einen bestimmten, von einer allgemeinen Konferenz festzusetzenden Tage sollen alle Bergarbeiter in Südwales und Monmouthshire die Arbeit einstellen und dann an die englischen und schottischen Kameraden den Appell richten, sich ihnen anzuschließen. Eine nicht offizielle Konferenz der Vertreter der verschiedenen Distriktsorganisationen ist auf nächsten Sonntag nach Cardiff einberufen worden.

Von noch größerer Bedeutung als diese Aktion der Waliser ist das Vorgehen der Bergarbeiter der Grasshoften Lancashire und Cheshire. Dies sind die Kerntruppen der britischen Bergarbeiterarmee, die Gründer der „Miners' Federation of Great Britain“ und als außerordentlich zähe Kämpfer bekannt. Sie haben für die Tagesordnung der Generalversammlung der britischen Bergarbeiterföderation, die in der ersten Woche des Monats Oktober in Southport stattfinden wird, eine Resolution eingebracht, in der für das ganze Vereinigte Königreich ein Minimallohn von 7 Schilling (7 M.) gefordert wird. Die Forderung soll sofort in den bestehenden Einigungsämtern zur Sprache gebracht werden und sollten sie die Werkbesitzer nicht bewilligen, so soll ein allgemeiner Bergarbeiterstreik erklärt werden. Die Lancashiremänner sind kaum die Leute, die eine Resolution fassen, nur um eine akademische Diskussion darüber herbeizuföhren. Die Forderung ist ihnen bitterer Ernst, und sie hoffen bestimmt auf die Unterstützung der Bergarbeiter von Südwales, Schottland, Durham und Northumberland, die mit ihnen zusammen etwa zwei Drittel der organisierten Bergarbeiterkraft Großbritanniens ausmachen. Schon vor zwei Jahren nahm die Generalversammlung der Bergarbeiterföderation eine Resolution an, in der für das ganze Land ein Minimallohn von 8 Schilling den Tag gefordert wurde. Die Frage war damals noch nicht reif zur Lösung.

Zwischen haben sich die Dinge schnell entwickelt. Was damals noch ein frommer Wunsch war, ist heute eine brennende Tagesfrage.

Die in der britischen Bergwerksindustrie bestehenden Einigungsämter haben sich noch nie mit einer Frage von solcher Wichtigkeit befaßt. Man ist daher gespannt, zu sehen, ob sich die Werksbesitzer bequemen werden, einem gütlichen Austrag der Minimallohnstreitigkeiten zuzustimmen. Ihre Wortführer erklären, daß die Forderung unanständig bewilligt werden kann. Die Betriebskosten seien in den letzten Jahren gewaltig gestiegen; hauptsächlich seien dafür das Achtstundengesetz und die schärfere Kontrolle der Gruben verantwortlich. Dazu werde die neue Versicherungsgegebung den Unternehmern neue Kosten aufbürden.

Die Kampf Stimmung, die unter den Bergarbeitern des Landes herrscht, kommt mit jedem Tage deutlicher zum Ausdruck. In den mittelländischen Bezirken ist es die Frage der Beschäftigung unorganisierter Arbeiter, in Northumberland das Dreischichtensystem, in den meisten Landesteilen aber die Frage des Minimallohnes, die den Hauptanlaß zu der Bewegung gibt. Unter diesen Umständen ist es mehr als wahrscheinlich, daß sich die Prophezeiung des Genossen Hartshorn bewahrheiten wird.

Cloyd George über die Arbeiterrevolte.

Zur telegraphisch bereits kurz skizzierten Rede des englischen Finanzministers wird uns aus London noch geschrieben:

Die Grundsteinlegung zu einer Kapitulanten hat dem englischen Schatzkanzler die Gelegenheit gegeben, sich über die Ursachen der unter den Arbeitern herrschenden Unzufriedenheit zu äußern. Nach einer Verteidigung des walfischen Volkes gegen die in der konservativen Presse erschienenen Angriffe äußerte er aus, daß sich eine große Unzufriedenheit mit den herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen des Volkes bemächtigt habe und daß sich die Kirchen sofort an die Arbeit machen müßten, um die wirtschaftliche Lage des Volkes zu heben. Dann fuhr er fort: Ich bin nicht sicher, ob sich die Kirchen der Verantwortung in bezug auf die Bekämpfung und Heilung (!) dieser Symptome, die auf ihnen lastet, bewußt sind. Die erste Pflicht einer Kirche ist eine geistige; aber sie hat auch eine weitere Pflicht, die das materielle Wohlergehen ihrer Mitglieder betrifft. Die Menge mag nicht an das Versprechen des Ungeschehenen glauben, bis sie eine bessere Verwirklichung des Versprechens sieht. Eine der Aufgaben, die die christliche Kirche noch ihrer Gründung auf sich nahm, war die Verbesserung der materiellen Lage ihrer Mitglieder und zu diesem Zwecke ernannte sie Beamte. Es gibt heute gewisse Leute, die von Ananias reden. Ananias war ein Mann, der eine falsche Angabe über sein veräußertes Eigentum machte, um seinen Beitrag zu der Gemeinde, der er angehörte, zu verringern. Es gibt auch heute Leute von diesem Schlage. Die erste Pflicht der christlichen Kirchen dieses Landes ist die, das Unrecht gut zu machen, unter dem die Massen des Landes leiden. Es gibt heute Scharen von Leuten in diesem Lande, die trotz qualvoller Arbeit nicht genug verdienen, um Körper und Seele zusammenzuhalten. Andererseits gibt es solche, die weder arbeiten noch spinnen, und dennoch alles in Ueberfluß haben. So lange diese Verhältnisse bestehen, wird es diese Ausbrüche geben. Es wird gesagt werden, daß ich die eine Klasse gegen die andere aufsehe. Das ist der Papageienschrei jedes unersichtbaren Federführers und Schwäfers, der nicht einmal genug Einbildungskraft besitzt, eine neue Art Schmähung zu erfinden. Wenn es ein Verbrechen gegen die Gesellschaft ist, auf die heute und alljährlich drohende Ungleichheit aufmerksam zu machen, dann habe ich nur zu sagen, daß die sozialen Verhältnisse und die soziale Organisation eine sofortige Neuordnung erheischen. Wir haben Mitglieder der christlichen Kirchen, Leute, denen es gut geht, die sich nie einen Rederbiß verdienen, und die dennoch böse werden, wenn eine Klasse der Bevölkerung den Versuch macht, ihre Lage zu verbessern. Ich sage diesen, sie mögen die Verhältnisse, unter denen Tausende, ja Millionen Menschen für sich, ihre Frauen und Kinder ihr Leben zu verdienen suchen, prüfen und wenn sie dann noch glauben, daß diese Verhältnisse zufriedenstellend sind, dann möchte ich ihnen raten, sechs Wochen wie die Katholiken Ruhe zu tun und von den Löhnen des Volkes dieses Landes zu leben und zu versuchen, ihre Familien von dem Hungerlohn zu ernähren, von dem Millionen unserer Arbeiter leben müssen. Das würde sie von einer der schlimmsten Sünde, der Sünde der Untatmüßigkeit, kurieren.

Dann ermahnte der Schatzkanzler seine Zuhörer, das Schimpfen einzustellen und ihre Aufmerksamkeit den Verhältnissen zuzuwenden, unter denen das Volk lebe. Sie hätten eben ein Ereignis überstanden, das leicht zu einer verhängnisvollen Katastrophe hätte werden können, und jetzt hätten sie Zeit zur Ueberlegung. Sie müßten ehrlich versuchen, die Ursache zu ergründen, und mit den Beschuldigungen aufhören. Räten sie das nicht, so werde der nächste Kampf unendlich schlimmer ausfallen. Das Volk werde intelligenter und sie könnten ihre Landleute nicht prellen. Wenn die christlichen Kirchen nicht hülfe, die Lage des Volkes zu verbessern, so würden sie zurückbleiben. Er richte den Appell an sie, sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt zu werden und das Volk zu einer höheren Lebensstufe emporzuführen.

So sprach der englische Schatzkanzler, und seine Rede bildet eine glänzende Rechtfertigung der sozialdemokratischen Agitation, die sich jeder unserer Versammlungsbredner zum gelegentlichen Gebrauch ins Notizbuch schreiben sollte. So hat er schon des öfteren geredet, weshalb diese letzte seiner Reden auch wenig Aufsehen erregt hat. Handelt es sich in der Tat um die Eisenbahnen den Versuch machen, ihre Lage zu verbessern, da war dieser christliche Mann mit dem weichen Herzen einer von denen, die da glaubten, das „Symptom“ mit Waffengewalt kurieren zu können. Aber gebulden wir uns, die Ursachen der Arbeiterrevolte werden jetzt studiert werden. Die erste Frucht dieses Studiums ist die beträchtliche Gehaltsaufbesserung, die die Regierung vor einigen Tagen der — Londoner Polizei, die man in den letzten Monaten zu einer Unternehmungskategorie herangebildet hat, gewährte. Niemand wird den Polizisten das Recht auf einen höheren Lohn absprechen, aber diese Gehaltsaufbesserung sieht doch einer Belohnung für die geschlagenen Arbeiterschädel veräußelt ähnlich.

Ein neuer Eisenbahnerstreik?

London, 31. August. In Arbeiterkreisen ist man der Ansicht, daß demnächst eine neue Streikbewegung ausbrechen wird. Gestern abend erklärte der Arbeiterführer Tom Mann, daß die Schwierigkeiten mit der Great Eastern-Eisenbahngesellschaft derzeit seien, daß eine Arbeitseinstellung unvermeidlich erscheine. Um diese zu verhindern, habe er vor dem Untersuchungsausschuß gewisse Mitteilungen gemacht. Die Gewerkschaftsverbände tun alles, was in ihren Kräften steht, um eine neue Streikbewegung zu hintertreiben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. August 1911.

Unsere Demonstration in Treptow.

Die angekündigte Friedenskundgebung der arbeitenden Massen Groß-Berlins hat die nationalitische Presse in große Wut versetzt. Ein Teil fordert von der Regierung in aufgeregten Tönen das Verbot unserer Massenversammlung, also die offensündige Verletzung des Versammlungsgesetzes. Nachdem die Herren für sich selbst aus eigener Machtvollkommenheit den Majestätsbeleidigungsparagraphen außer Kraft gesetzt, also die politische Freiheit immerhin etwas erweitert haben, möchten sie jetzt, daß für die Arbeiter das politische Recht noch verkürzt werde!

Der andere klügere Teil sieht ein, daß da nichts zu machen sei, schreit über die „antinationale Haltung“ der Sozialdemokratie — das Eintreten für den Frieden ist den bezahlten Kriegsheern natürlich antinational! — und benützt die Gelegenheit, um über das Versammlungsgesetz zu klagen, das zu einem Verbot keine Handhabe biete. Am liebsten möchten sie ein neues Gesetz gegen sozialdemokratische Versammlungen.

Die Herren werden sich aber schon mit der großen Demonstration, die den wahren Willen des Volkes von Groß-Berlin zum imposanten Ausdruck bringen wird, wohl oder übel abfinden müssen. Die Behörden konnten der Kundgebung nichts in den Weg legen. Sie wird unter den gleichen ähneren Bedingungen wie im Vorjahr stattfinden und denselben musterhaften und unge störten Verlauf nehmen wie die große Wahlrechtskundgebung vom 10. April.

Zentrum und Konsumgenossenschaften.

Im Westen Deutschlands wird der Streit zwischen den Mittelständlern und den Konsumentenorganisationen zu einem erheblichen Teil auf dem Rücken des Zentrums ausgegossen. Diese Partei des „justo milieu“, die es angeblich allen Erwerbsständen recht machen will, hat seinerzeit einer ganzen Reihe von proletarischen Wortführern, die gegen die Auslieferung der Volksernährung an das Agrarierum Front machten, den Mund durch parlamentarische Mandate, Stadtverordnetenitze und Aemtern gestopft. Das schaffte eine Zeitlang Ruhe. Dann aber kam die Konsumgenossenschaftsfrage. Aus den Kreisen der freien Genossenschaften und der Sozialdemokratie heraus wurde besonders in Rheinland und Westfalen der damals dort noch wenig gepflegten Konsumentenorganisation erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt und allenthalben Konsumgenossenschaften. Nehmlich wie in der Gewerkschaftsorganisation öffneten die Zentrumspartheier auch hier das Vorbild ihrer Gegner nach, und bald konnte der kirchliche Anhang allerorten unterfächelt „katholische“ Seringe verzehren und sich mit „rein christlicher“ Seife waschen.

Die „christlichen“ Konsumgenossenschaften sind an manchen Industrieorten recht schön herangewachsen, besonders gerade dort, wo das Zentrum am stärksten vertreten ist. Dem kleinbürgerlichen Anhang des Zentrums wurde diese Konkurrenz der Genossenschaften sehr unbequem. Es begann eine energische Abwehrbewegung. Heiße Kämpfe hat es innerhalb der Zentrumsorganisation hinter verschlossenen Türen abgesetzt, und vergebens haben die führenden Leute des Zentrums sich bemüht, Frieden zu stiften: Die Mittelständler, Detailistenvereiner und Zünftler forderten unerbittlich die Auflösung der Genossenschaften. Sie verlangten von der Parteileitung die Herbeiführung von gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Beamten- und Arbeiterkonsumvereine. Den Gemeindeverwaltungen mutete man zu, den städtischen Beamten und Angestellten die Mitgliedschaft in Konsumvereinen zu verbieten. In diesem Stadium befindet sich der Konflikt heute noch.

Run nahen die Reichstagswahlen, und das Zentrum sieht mit der größten Besorgnis, daß ihm die Kämpfe zwischen den Arbeitergenossenschaften und den radikalen Mittelständlern vielerorts den Drei verderben. In Mülheim am Rhein und in Eisen drohen die Mittelständler, dem Zentrumskandidaten nicht die Stimme zu geben, wenn er ihre Wünsche in der Genossenschaftsfrage nicht erfüllt. In Stolberg bei Aachen hat eine Versammlung christlicher Konsumvereiner beschloffen, eine „Konsumenten-Abwehrkommission“ zu bilden, die vor den Wahlen sämtliche Reichstags- oder Landtagskandidaten Rheinlands und Westfalens über ihre Stellung zu den Genossenschaften befragen soll. Die Antworten sollen veröffentlicht werden. Die Zentrumspresse jammert, daß es einen Hund erbarmen könnte; sie sieht bereits eine Anzahl Reichstagsmandate infolge des Streits und der „Aususchaltung der Weltanschauungsfragen durch den Massenegoismus“ hinwegtreiben.

Die „Essener Volkszeitung“ ruft den kirchlichen Mittelständlern zu, sie möchten bedenken, daß „der sozialdemokratische Gegner grundsätzlich ein viel konsequenterer Vertreter des Konsumvereinsgedankens“ sei. Sie ruft beiden streitenden Parteien zu: „Die Waffen nieder!“ und schließt: „Geschicht hat jetzt, wo die Köpfe noch nicht so furchtbar erhitzt sind, so ist das leichter, als unmittelbar vor der Wahl, nachdem noch hüben und drüben harte Worte gefallen sind.“

Von einem Verbrechen, daß sich das Zentrum künftig nicht mehr an mittelständlerisch-reaktionären Anschlägen auf die Konsumgenossenschaften beteiligen will, ist da nichts zu lesen. Wenn der von den kirchlichen so heiß gewünschte Frieden wirklich zustande käme, so könnte das nur auf Kosten der Arbeiter geschehen.

Reichstagswahlwahl in Konstantin-Überlingen.

Die Reichstagswahlwahl im 1. böhischen Reichstagswahlkreis Konstantin-Überlingen findet, wie gemeint wird, am 10. Oktober statt. Der Kreis war bis 1890 in den Händen der Nationalliberalen, dann eroberte ihn das Zentrum. Bei der diesmaligen Wahl gehen Nationalliberalen und fortschrittliche Volkspartei zusammen.

Wahlrecht und Armenunterstützung.

Die bürgerliche Blätter melden, wird gegenwärtig bei den zuständigen preussischen Ressorts an einem Gesetzentwurf gearbeitet, der feststellen soll, inwieweit und in welchen Fällen der Empfang von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte einwirkt. Die Vorlage wird voraussichtlich den Landtag in seiner nächsten Sitzung beschäftigen. Sowohl der Reichstag als auch das Abgeordnetenhaus haben Entschlüsse gefaßt, die eine Uebertragung der reichsgesetzlichen Grundzüge für diese Materie auf die Landesgesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten für wünschenswert halten. Den Bundesregierungen ist darauf durch die Reichsregierung zur Erwägung angelegelt.

Inwieweit diese Grundzüge des entsprechenden Reichsgesetzes vom März 1909 in die Landesgesetzgebung eingeführt werden können. Dabei handelt es sich darum, den Begriff der Armenunterstützung, deren Bezug von der Teilnahme am Wahlrecht ausschließt, für die Wahlen auf Grund von Landesgesetzen ebenso festzulegen, wie für die Wahlen nach Reichsgesetzen.

Eine kirchlich-polnische Lüge.

Der in Weithen (Oberschlesien) erscheinende „Katholik“ bringt eine Schauermär über sozialdemokratische Kirchenfeindschaft, die von allen kirchlich-polnischen Blättern begierig nachgedruckt wird. Danach soll die „Wiener Arbeiterzeitung“ unter der Ueberschrift „Vernichtet die Kirchen!“ geschrieben haben:

„Vernichtet die stolzen Türme! Verschlaget in Staub den kalten Marmor! Weht in Stille die zitternden Seiden! Vorwärts also, und wenn es das Leben von Tausenden kosten sollte. Durch die Mähe der Kirchen wird die Welt neu geboren werden. Auf ihr wird eine neue Welt entstehen, eine herrliche, siegreiche, wirkliche Welt! Vorwärts also gegen die Kirchen!“

Und weiter, bemerkte das Blatt „Katholik“, hat dieselbe „Arbeiterzeitung“ eine Beschreibung des Schutthaufens in solchen Worten gebracht:

„Die eiserne Horde knirscht, die Riegel brausen herunter, die Gade schlägt alles klein, der Turm fällt, die Mauern fallen um. Die zerklüfteten Stöcke jammern, das ausgehäutete Geld rollt klingend herum, der wehende Wind reißt das zerrissene Kleid der Jungfrau Maria auseinander. Die mit Sternen geschmückten Kronen fallen in den Not, die Kanzel steht in Flammen. Der Altar raucht, der siegreiche Horn heult lustig wilde Palmen.“

Wir erhalten zu der Behauptung des „Katholik“ die folgende Erklärung:

„In unserem Blatte ist niemals eine Notiz mit dem Titel: „Vernichtet die Kirchen“ erschienen. Niemals hat die Redaktion die Aufforderung erlassen, die in den kirchlich-polnischen Blättern angegeben ist. Es ist alles, was die Blätter in bezug auf den Artikel „Vernichtet die Kirchen“ erzählen, gemeine Lüge. Redaktion der „Arbeiterzeitung“, Wien VII, Wienstr. 89a.“

Militärische Jugendorganisationen.

Der Generalleutnant v. Deimling, der schon mehrmals durch seine politischen Reden unliebsames Aufsehen erregt hat, hat sich neuerdings ein weiteres Feld seiner Betätigung erkoren. Er hat nämlich eine Jugendwehr gegründet, um durch diese Organisation der Jugend rechtzeitig den militärischen Schluß beizubringen. Man scheint diesen Organisationen maßgebendes Oes besonderes Gewicht beizulegen, denn unter der Leitung aktiver Offiziere sind auch in anderen Städten Deutschlands solche Jugendwehren gegründet worden. Allerdings rekrutieren sich die Mitglieder dieser militärischen Jugendorganisationen fast durchweg aus den Söhnen der besitzenden Klasse, für die die „Gefahr“ der „sozialistischen Verhetzung“ aus naheliegenden Gründen überhaupt nicht besteht.

Es scheint so, als ob das ganze Reich mit einem Key dieser militärischen Gründung überzogen werden soll.

Agrarische Ausbeutung unter behördlichem Schutz.

Das Gesetz vom 24. April 1884 betreffend die Bestrafung des Dienstvergeben gewährt den Agrariern in Preußen viele Möglichkeiten, ihre Arbeiter in slavischen Fesseln zu halten. Im gewerblichen Arbeitsverhältnis gilt es längst als unmoralisch und ungesetzlich, einen Arbeiter durch Strafe zur Leistung einer Arbeit zu zwingen, die nicht bezahlt wird. Unsere Agrarier besitzen unbedenklich Behörden und Gerichte, um ihre Arbeiter zu jeder Arbeit gefügig zu machen.

Auf dem Rittergut des Herrn Wirsdenhaedt in Demmin, Kreis Rallam, erhalten die Arbeiter als Lohn alle 14 Tage einen Schffel Roggen und 7 M. bar; am Ende des Jahres noch weitere 12 Schffel Gerste. Dazu eine Wohnung und das übliche Deputat, bestehend in einem Gemüsegarten, Kartoffelfeld sowie Feuerung und 8 Liter Milch täglich. Für verkaufted Vieh gibt es ein Trinkgeld. Jede Frau ist verpflichtet, täglich dreimal 12—13 Kühe zu melken, wofür sie 80 Pf. Lohn erhält. Der Rittergutbesitzer vergrößerte seine Viehwirtschaft und verlangte nun von den Frauen, es müsse jede vier Kühe pro Tag mehr bedienen. Lohnzulage sollte es allerdings nicht geben. Den Frauen war dieses Verlangen doch etwas zu ostentativ, weshalb sie sich weigerten, die Mehrarbeit ohne Vergütung zu leisten. Doch unser Herr Rittergutbesitzer und Gutsvorsteher wußte sich Rat. Er erließ die „amtliche Anzeig“ und der Amtsvorsteher, ein Herr v. Borke, waltete seines Amtes. Er überreichte den Ehemännern der betreffenden Frauen Strafbefehle, weil die Frauen sich trotz wiederholter Aufforderung geweigert hätten, nach der von Herrn Wirsdenhaedt neu eingeführten Milchordnung zu melken. Die Strafbefehle wurden den Arbeitern nicht direkt zugestellt, sondern, wie dies in Ostelbien so üblich ist, vom Arbeitgeber dem einzelnen angedrückt. Damit wird erfahrungsgemäß die Wirkung auf den Arbeiter noch vergrößert. Und läßt es sich ein Arbeiter bekommen, gegen einen derartigen Strafbefehl Antrag auf gerichtliche Entscheidung zu stellen, dann bestätigen die Gerichte fast regelmäßig die Maßnahmen der Amtsvorsteher.

Oesterreich-Ungarn.

Das gleiche Wahlrecht in Ungarn.

Budapest, 31. August. Die parlamentarische Situation dürfte in den nächsten Tagen eine Veränderung erfahren. Die Justipartei will gegen Zusicherung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts den Kampf gegen die Wehrvorlage einstellen. Das Gros der Kossuthpartei ist entschieden gegen die Wahlvorlage und fordert die Suprematie des Magyarentums. Die Kossuthpartei ist morgen zu einer Sitzung einberufen.

Portugal.

Die Kabinettsbildung.

Lissabon, 31. August. Da Duarte Leite die Bildung des neuen Kabinetts abgelehnt hat, ist Dristo Cabacho damit beauftragt worden.

Finnland.

Der Weineidzär.

Der Zar hat die von der russischen Regierung beschlossene Angliederung eines Teiles des an Rußland angrenzenden südfinnischen Gouvernements Wyborg an Rußland genehmigt. Es handelt sich um die Bezirke Ryttyrka und Kivinehvi mit zusammen 1593 Quadratkilometer und 31 000 Einwohnern. Es befinden sich dort mehrere Orte, die von Petersburgern als Sommeraufenthalt aufgesucht werden. Der Landraub, der mit „Rückfichten auf die Sicherheit des Reiches“ beschönigt wird, erregt in ganz Finnland die schärfste Verurteilung und wird von den Zeitungen aller Parteien stark angegriffen. Das stört natürlich die Raubmörderbände des Partismus ebenso wenig wie die zum Zwecke der Annexion notwendige Verletzung aller mit den finnischen Ständen geschlossenen Verträge und feierlichen kaiserlichen Versprechungen. Ebenso wenig stört es die europäischen Mächte, die ja im Punkte Ordnungsschutz und Christentum mit den zaristischen Helfern eng zusammenstehen.

Gewerkschaftliches.

Die „Gelben“ im rheinisch-westfälischen Industriebezirk.

Am letzten Sonntag traten die gelben Werkvereine, wie die kapitalistische Presse mit Stolz berichtet, zum ersten Male an die Öffentlichkeit. Bezeichnenderweise erfolgte dieses „wichtige“ Ereignis gelegentlich des 3. Stiftungsfestes des Kruppischen Werkvereins durch einen Festzug durch die Straßen Essens und eine kurzparatistische Ansprache des „Sozialsekretärs“ des Kruppischen Werkvereins am Bismarckdenkmal. An sich verdient dieser Vorgang keine besondere Beachtung, er ist höchstens geeignet, den Charakter der gelben Werkvereine zu illustrieren. Eine kurze Betrachtung dagegen verdienen wohl die im Aufstufung an den Festzug beliebten Ausführungen der scharfmacherischen Presse, die „von einem siegreichen Vortrager der nationalen Arbeiterbewegung im Ruhrrevier“ träumt. Der Artikel in den kapitalistischen Blättern ist eine Zuspitzung, als deren Verfasser man wohl den „Sozialsekretär“ des Kruppischen Werkvereins vermuten darf. Dieser Herr (oder sein Helfershelfer) hat naturgemäß ein sehr lebhaftes Interesse daran, das gänzliche Fiasco der Werkvereinsbewegung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk durch Schönfärberei zu verdecken. Weist man die Sache bei Licht, so ergibt sich, daß die Bewegung der Gelben im rheinisch-westfälischen Industriebezirk einfach kläglich dasteht. Der nationale Arbeiterverein der Kruppischen Werke soll eine Mitgliederzahl von 5500 aufweisen. Die Richtigkeit dieser Angabe kann nicht nachgeprüft werden, aber selbst wenn die Zahl richtig sein sollte, so will auch das bei dem ungeheuren Druck, der im Interesse des „nationalen“ Arbeitervereins auf den Kruppischen Werken ausgeübt wurde, nicht viel bedeuten. Im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Kruppischen Arbeiter ist die Zahl absolut nicht bedeutend. Ueber die Mitglieder ihrer sonstigen Agitation versuchen die Macher der „Gelben“-Bewegung, sich durch die Feststellung hinwegzusetzen, daß der Kruppische Verein mit seiner Mitgliederzahl an der Spitze aller deutschen Werkvereine steht. Was im übrigen aber noch über die gelbe Arbeiterbewegung berichtet wird, bestätigt die Richtigkeit des oben schon ange deuteten Fiascos der Gelben. Außer dem Kruppischen Werkverein bestehen im Industriebezirk noch 28 Vereine mit rund 2000 Mitgliedern. Diese Zahl ist geradezu kläglich, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß in dem in Frage kommenden Bezirk hunderttausende Arbeiter allein in den Bergwerken und den großen Eisenwerken beschäftigt sind, ganz abgesehen von den tausenden und abertausenden Arbeitern in den anderen Betrieben. Selbst wenn auch das Organ der „Gelben“ 9000 Abonnenten im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hat, so ändert dies nichts an dem kläglichem Fiasco der ganzen Bewegung im Ruhrrevier. Für eine ausgeprochene Streikbrecherorganisation ist hier kein Platz. Das krasse Ausbeutertum der Industrieburgen zwingt den Arbeitern die Erkenntnis ihrer Klassenlage auf.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Risten- und Koffermacher.

In der gestrigen überaus stark besuchten Versammlung teilte der Obmann mit, daß die Verhandlungen noch nicht zu Ende geführt seien und am Montag wieder weitergeführt werden sollen. Die erzielten Zugeständnisse sollen rückwirkende Kraft für die Zeit vom 1. Sept. erhalten. Diese Mitteilung löste bei der Versammlung starken Widerspruch aus. Es wurde erklärt, die Unternehmer arbeiteten nur auf eine Verschleppung hin, das richtige sei, das am morgigen Tage die Verhandlungen weiter- und zu Ende geführt würden, sonst müsse eben der Streik proklamiert werden. — Die Versammlung tagt bei Redaktionsschluss noch weiter.

Deutsches Reich.

Zur Metallarbeiter-Aussperrung.

Trotzdem das Resultat der Verhandlungen in Leipzig noch nicht offiziell bekannt ist, beginnen einige Unternehmer bereits die ausgesperrten Arbeiter aufzufordern, die Arbeit wieder aufzunehmen. Soweit die Organisationsleitung nicht selber Arbeiter aus den Betrieben herausgezogen hat, wird dieser Aufforderung durch die Arbeiter stattgegeben.

In bürgerlichen Zeitungen ist die falsche Nachricht verbreitet, daß in Dresden 13 000 Arbeiter in der Metallindustrie ausgesperrt sind. Insgesamt werden Streikende und Aussperrte nur 4000 gezählt.

Umfangreicher Lohnkampf in der Solinger Stahlwarenindustrie.

In der Stahlwarenindustrie des Bergischen Landes ist ein Kampf von gewaltigem Umfange und sehr großer Tragweite losgebrochen: es handelt sich um den Kampf, den die Arbeiter der Federmesserbranche führen. Begonnen hat dieser Konflikt bei den Federmessereidern. Sie waren schon seit langem nicht mehr mit dem Preisverzeichnis, dem im Bergischen Lande üblichen Tarifvertrag, zufrieden, hauptsächlich deshalb nicht, weil die in ihm festgelegten Preise nicht mehr den bedeutend verteuerten Lebensverhältnissen entsprachen. Deshalb gingen sie allesamt — also die im Deutschen Metallarbeiterverband, Solinger Industriearbeiterverband und Christlichen Metallarbeiterverband organisierten Federmesser-Idere — daran, gemeinsam ein neues Preisverzeichnis auszuarbeiten. Eine lange Zeit ging es auch und die Beratungen kamen damit schnell vorwärts; aber plötzlich wandte sich der Industriearbeiterverband von uns ab und ließ den Deutschen Metallarbeiterverband mit dem Christlichen Metallarbeiterverband allein weiterberaten. Sie waren wegen der Grundlage auseinandergekommen, auf der sich das neue Preisverzeichnis erheben sollte; der Metallarbeiterverband wollte nämlich die Zahl der Qualitäten verringern, das sind die Klassen, in die die einzelnen Arbeiten gehören, um die Preisuntergehungen unmöglich zu machen, die Industriearbeiter aber wollten alle bisherigen Qualitäten bestehen lassen und nur einige Ergänzungen hinzufügen, außerdem auch nicht so hohe Forderungen stellen, wie der Metallarbeiterverband. So kam es, daß den Fabrikanten nach der Kündigung des Preisverzeichnisses zwei neue Entwürfe vorlagen, einer vom Metallarbeiterverband und einer vom Industriearbeiterverband. Die Fabrikanten lehnten anfangs jedes Verhandeln mit dem Metallarbeiterverband ab, bequamen sich aber nachher doch dazu, eine Sitzung für alle drei Verbände einzuberufen. In dieser kam lediglich eine Verschiebung der Kündigungsfrist des Preisverzeichnisses zustande, sonst nichts. In der folgenden Sitzung stellten die Fabrikanten das Verlangen an den Metallarbeiterverband, verschiedene Forderungen in Bezug auf die Qualitäten fallen zu lassen. Das lehnte dieser ab und ließ es auch durch einen Verlangensbeschluss seiner Reider bestätigen; zugleich aber befahl er auch in dieser Versammlung, den Industriearbeiterverband zu den folgenden Verhandlungen mit den Fabrikanten nicht mehr hinzuzuziehen, so lange man dort nicht den eigenen Preisverzeichnissentwurf fallen lasse. Die Folge davon war, daß die Fabrikanten mit dem Industriearbeiterverband allein verhandelten, dem sich der Verband der Christlichen hinzugesellte. Jedes mal einmal ging das so, dann holte man den Metallarbeiterverband wieder

herbei und verhandelte auch mit ihm allein. Hierbei wurde ihm und nachher auch dem Industriearbeiterverband und dem Christlichen Verband aufgegeben, erst einmal unter sich einig zu werden. Das wurde versucht, war aber vergebens, beide Parteien blieben auf ihrem bisherigen Standpunkt. Diefelbe Haltung zeigte sich natürlich auch bei dem inzwischen begonnenen Streik: Der Metallarbeiterverband sollte seine sämtliche Federmesseridere heraus, das sind über 600, der größte Teil aller dieser Arbeiter, der Industriearbeiterverband und der Christliche Metallarbeiterverband ließen weiterarbeiten. So war einem Teil der Fabrikanten noch wohl; das wurde aber sofort anders, als nun der Metallarbeiterverband eine neue Maßnahme ergriff, um den Fabrikanten schärfer zuzulegen: er ließ seine Antep- und Federmesser-schleifer den Sympathiestreik erklären. Dieser hat am Montag bereits begonnen, und so stehen jetzt insgesamt über 1200 Arbeiter der Solinger Stahlwarenindustrie im Streik. Was weiter wird, das muß abgewartet werden; soviel steht fest, daß der Metallarbeiterverband nicht gewillt ist, nachzugeben, und daß er den Kampf weiter verschärfen, neue Branchen hineinziehen wird, wenn sich die Fabrikanten nicht schleunigst dazu verstehen, mit dem Metallarbeiterverband zu einer Einigung zu kommen. Und vor dem Beobachtern dieser weiteren Maßnahmen werden sich die Fabrikanten wohl hüten, denn sie wissen ganz genau, daß das vielen von ihnen die Existenz kostet.

Streik in der westfälischen Zigarrenindustrie.

Die Zigarrenarbeiter der Firma A. Marten in Watten-scheid (Westf.) befinden sich im Ausstand. In Kündigung stehen sämtliche Zigarrenarbeiter und Sortierer der Firma Althoff u. Reinhold, Bünde (Westf.) und die Zigarrenarbeiter und Sortierer der belgischen Firma Tinchant u. Gonzales u. Co. in Holsen und Südlengern bei Bünde. Bei Ledebrius u. Brandt, Bünde sind ernste Differenzen ausgebrochen. Im Streik stehen die Zigarrenarbeiter von Großhupp u. Schröder in Berse.

Ausland.

Ein Straßenbahnerstreik ist soeben in der österreichischen Hafenstadt Triest siegreich beendet worden, obgleich die Gesellschaft zuerst überhaupt nicht verhandeln wollte. Der Minimallohn ist auf 4 Kronen festgesetzt, ein dreitägiger bezahlter Urlaub gewährt und die endliche Durchführung früherer Zugeständnisse gesichert. Der Bürgermeister (Podesta) von Triest hatte die Verhandlungen eingeleitet und das Abkommen mit unterfertigt. Die ersten Straßenbahnmotoren, die nach Beendigung des mehrtägigen Streiks ausfahren, wurden von den Passanten laut begrüßt.

Eisenbahnerstreik in Amerika.

Allen Anschein nach entflammt nun auch in Amerika ein großer Streik der Eisenbahner. Die Direktoren der Illinois-Central-Eisenbahn und der Chicago- und Nord-Western-Eisenbahn haben abgelehnt, die Vertreter der Eisenbahnerfederation zu empfangen und deren Gewerkschaft anzuerkennen. Es ist große Gefahr vorhanden, daß ein Streik auf sämtlichen Eisenbahnlinien, die dem Harriman-Konzern angehören, ausbricht. In einer Versammlung, welche das Komitee der amerikanischen Eisenbahngesellschaft abhielt, verpflichteten sich die Gesellschaften untereinander, im Falle eines Streikes durch Austausch von Leuten den Dienst aufrechtzuerhalten.

Soziales.

Material für den Reichsverband.

An dem niederträchtigen Verleumdungsfeldzug gegen die „sozialdemokratischen“ Ortskrankenkassen war ganz besonders der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie beteiligt. Das Interesse, das dieser Verband angeblich für die Sauberkeit in den Krankenkassen an den Tag legt, veranlaßt uns, ihm einen Fall anzuführen, den er sich sicher nicht entgehen läßt, vielmehr für seine weiteste Verbreitung Sorge tragen wird. Für den fast rein ländlichen Kreis Londern im Norden der Provinz Schleswig-Holstein besteht eine gemeinsame Ortskrankenkasse. Seit zwölf Jahren bekleidete das Amt eines Vorsitzenden dieser Kasse der Kreisamtsauschussektor Martensen. Martensen führte das Amt als Ehrenamt. Er bezog zuletzt als Kreisamtsauschussektor ein Gehalt von 8800 M., dazu ein Wohnungsgeld von 400 M., außerdem erhielt er 420 M., weil er das Amt des Amtsanwalts verrichtete, und als Repräsentations-gelder für seine Tätigkeit als Vorsitzender der Krankenkasse bezog er 350 M. Er bezog also immerhin ein Einkommen, wie es wohl kaum ein „sozialdemokratischer“ Beamter einer Ortskrankenkasse haben wird. Jedenfalls konnte er in dem Orte Londern mit noch nicht 5000 Einwohnern damit auskommen. Unter ihm arbeiteten der Rentant Rathje und 40 im ganzen Kreise verteilte Bezirks-assistenten.

Der Kreisamtsauschussektor Martensen hatte sich nun am Dienstag vor dem Landgericht in Flensburg zu verantworten. Die Anklage warf ihm vor, eine Kautions des Bezirksassistenten Klein in Westerland auf 400 M., eine Kautions des Bezirksassistenten Duedens auf 300 M. und eine Kautions des Rentanten Rathje von 1000 M. unterschlagen und in der Zeit von 1902 bis 1908 fortgesetzt Quittungen gefälscht und die unterschlagenen Beträge für sich verbraucht zu haben.

Die veruntreute Summe ist auf insgesamt 25 000 M. festgesetzt worden. Die Kautionen sind überhaupt nicht durch die Bücker gegangen. Die neue Verwaltung hat erst dann etwas von ihnen erfahren, als ihr die Quittungen für die gezahlten Kautionen vorgelegt wurden.

Der jetzige Vorsitzende Franz aus Riebbüll erklärte als Zeuge, daß die Kautionsgelder nicht gefunden worden sind und daß der Hypothekentitel, den der Rentant Rathje an Stelle seiner Kautions gegeben hatte, auch nicht gefunden wurde. Die Kautions-fälligkeit hat Martensen in folgender raffinierten Weise bezogen. Die drei Kassenärzte in Westerland auf 400 M. bezogen gleichzeitig einen Teil der Reineinnahme ihres Kasienbezirks als Honorar. Bis zur endgültigen Abrechnung mit den Ärzten, zu der Martensen stets persönlich nach 400 M. hinüberfuhr, erhielten die Ärzte Abschlagszahlungen. Bei einer Quittung über 100 Mark schrieb Martensen nun die 1 immer nur mit einem Strich und in Worten statt einhundert immer nur hundert. Später zog er dann durch die 1 einen Haken, so daß eine 4 daraus wurde, und so hundert setzte er vier. Damit waren aus 100 M. 400 M. geworden. Es ist vorgekommen, daß Martensen an einem Tage bei jedem der drei Ärzte auf diese Weise 300 Mark „verdient“ hat. Als im Frühjahr 1908 die Veruntreuung entdeckt wurden, machte Martensen einen Selbstmordversuch. Am 23. April 1908 wurde er in die Irrenanstalt zu Schleswig aufgenommen, nach sechs Monaten wieder entlassen und lebt jetzt von seiner Pension als Kreisamtsauschussektor in Flensburg.

Es waren nicht weniger als fünf ärztliche Gutachten aufgeföhrt, die vor Gericht über den Geisteszustand des Angeklagten

ausgesagt sollten. Alle behaupteten, daß der Angeklagte seit dem Jahre 1908 an einer melancholischen Depression leide, daß er aber in den Jahren, wo er die Straftaten begangen habe, vollständig zurechnungsfähig gewesen sei. In der Verhandlung kam zum Ausdruck, daß die Buchführung überaus nachlässig gewesen sei. Die Revisionen seien der reine Hohn gewesen. Es habe keiner der Revisoren gemerkt, daß eine Reihe von doppelten Buchungen gemacht worden seien. Es sei die reine Lotterwirtschaft gewesen. Der Staats-anwalt beantragte gegen den Angeklagten ein Jahr und drei Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung. Das Gericht erkannte auf neun Monate Gefängnis und lehnte die sofortige Verhaftung ab. Von der Anklage der Unterschlagung wurde der Angeklagte freigesprochen, weil nicht nachgewiesen worden sei, daß er das Geld für sich verbraucht habe. Die Strafe erhielt der Angeklagte wegen der Fälschungen.

So hat ein Mann, der direkt unter den Augen des schnelligsten preussischen Beamten, des Landrats, arbeitet, jahrelang die schlimmsten Verfehlungen begehen können. Allerdings der Landrat des Kreises Londern ist wie seine Kollegen in den Kreisen Hadersleben und Apenrade stark beschäftigt, stärker als andere preussische Landräte. Er hat nicht nur ängstlich auf alle Regungen der im Kreise allerdings noch schwach vertretenen Sozialdemokratie zu achten, mehr noch macht ihm das Dänentum Sorge.

Versammlungen.

Die städtischen Arbeiter von Charlottenburg

berfammlen sich außerordentlich zahlreich am Mittwochnabend im „Volkshaus“, Rosinenstraße. In der letzten Zeit mehrten sich wieder die Klagen dieser Arbeiter über mancherlei Mißstände in den städtischen Betrieben; anstatt der erhofften Verbesserungen bot man den Arbeitern sogar allerlei Verschlechterungen der bisherigen Lage an. — Neben den sozialdemokratischen Vertretern in Charlottenburger Stadtparlament waren auch einige bürgerliche Vertreter und der Vorsitz der Stadtverordnetenversammlung, Herr Kaufmann, zu der Versammlung erschienen. Der erste Redner, Paul Girsch, besprach die Aufgaben der Gemeinderäte als Arbeitgeber, wobei er besonders die Verhältnisse in Charlottenburg beleuchtete und behauptete, daß es hier sogar an dem guten Willen fehle, den Arbeitern zu helfen. Diese Behauptung brachte Herrn Kaufmann in Harnisch und er legte dagegen Verwahrung ein. Man könne immer nur schrittweise vorgehen, meinte er. Genosse Girsch hielt seine Behauptung aufrecht und führte manches Beispiel an, um zu zeigen, daß für alle möglichen Zwecke Geld vorhanden sei und leicht bewilligt werde; wenn aber die Arbeiter etwas fordern, habe man sofort die größten Bedenken. Er sei schon zufrieden, wenn schrittweise vorwärts gegangen werde, lieber gehe man oft rückwärts. Ueber den Rückschritt in der Charlottenburger Arbeiterpolitik hielt Karl Polenske einen Vortrag und empfahl zum Schluß die Annahme der folgenden Resolution, die bereits die Zustimmung der Vertrauensmänner gefunden hatte.

Die einstimmig angenommene Resolution lautet:

„Die am 30. August 1911 im großen Saale des „Volkshauses“ versammelten Arbeiter und Handwerker aller städtischen Betriebe bebauern sehr, daß bei Einführung der neuen Arbeitsordnung ihre Wünsche in fast allen Punkten unberücksichtigt geblieben sind. Die neue Arbeitsordnung entspricht in keiner Hinsicht den Mindestforderungen, die die Arbeiterchaft an eine generelle Regelung des Arbeitsverhältnisses stellen muß.“

Ganz entschieden protestieren die Versammelten gegen die Entziehung und teilweise Verkürzung des Sommerurlaubes in einem großen Teile der städtischen Betriebe. Die Versammelten erklären diese Maßnahme für eine Ungerechtigkeit und eine ganz erhebliche Verschlechterung der bisherigen Arbeitsbedingungen.

In der Erwägung, daß diese Verschlechterungen ein Ausfluß des in Charlottenburg bestehenden Ständigkeitsystems sind, erklären sich die Versammelten ganz entschieden gegen dieses System, da es einen erheblichen Teil der städtischen Arbeiter zu Arbeitern zweiter Klasse macht.

Weiterhin sprechen die Versammelten ihr Bedauern darüber aus, daß in einer Anzahl städtischer Betriebe noch völlig unzulängliche Löhne gezahlt werden. Tageslöhne von 3,60 M. für Vollarbeiter müssen bei den jetzigen teuren Zeiten als völlig ungenügend bezeichnet werden.

Die Versammlung beauftragt die Arbeiterausschüsse und Vertrauensleute der städtischen Betriebe, in gemeinsamer Aktion diese Dinge zu beraten und entsprechende Anträge an die städtische Verwaltung zu stellen.

In der Erkenntnis aber, daß eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie eine Abwehr von Verschlechterungen nur möglich ist, wenn die Arbeiterchaft geschlossenen gewerkschaftlich organisiert ist, verpflichten sich die Versammelten, mit aller Energie für Ausbau und Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation einzutreten.

Weiter verpflichten sich die Versammelten, bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen für die Wahl von sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten.“

Letzte Nachrichten.

Durch elektrischen Strom getötet.

Donnerstag nachmittag gegen 6 Uhr erlachte der etwa 23 Jahre alte ledige Arbeiter Willy Kleist aus Eberwalde beim Treten der Ueberdachung des Bahnsteiges D auf Bahnhof Charlottenburg mit den Händen die elektrische Lichtleitung und wurde sofort getötet.

Rundgebungen gegen die Teuerung in Belgien.

Brüssel, 31. August. (B. S.) Aus verschiedenen Provinzstädten laufen fortgesetzt Meldungen über ernste Rundgebungen gegen die Lebensmittelteuerung ein. Besonders in den wallonischen Provinzen waren diese Zwischenfälle überaus ernst. In Equosinnes und Enghein zerstörten die Rundgeber die Waren der Landwirte, die in den Böden aufgestapelt waren. Erste Zwischenfälle haben sich auch in der Mehrzahl der Ortschaften längs der französischen Grenze zugezogen. In Hautmont veranstalteten 3000 Personen eine Rundgebung, an der sich die Einwohner verschiedener Ortschaften beteiligten. Die Manifestanten drangen in mehrere Böden ein und zerstörten die dort aufgestapelten Vorräte an Butter und Eier. Die Polizei verhaftete zwei Frauen und führte sie ins Gefängnis ab. Die Manifestanten beorderten eine Abordnung nach dem Gerichtsgebäude, um die Behörden zu ersuchen, die Verhafteten wieder in Freiheit zu setzen. Eine vom Bürgermeister einberufene Gemeinderatsversammlung wird zu den letzten Kravallen Stellung nehmen.

Die Cholera.

Konstantinopel, 31. August. (B. T. B.) Heute sind 52 neue Erkrankungen und 26 Todesfälle an Cholera gemeldet worden. Die Seuche breitet sich am Bosporus in der Vorstadt Bujukdere aus.

Die proletarische Jugendbewegung.

Allen brutalen Unterdrückungsversuchen zum Trotz marschiert die proletarische Jugendbewegung auf der ganzen Linie rüstig vorwärts.

Der zuverlässigste Gradmesser unserer Jugendbewegung ist der Abonnementstand der „Arbeiter-Jugend“.

Die zum Zwecke der Erziehung unserer Jugend geleistete Arbeit veranschaulichen am besten die Berichte der örtlichen Jugendauschüsse.

Die eifrig die Arbeiterschaft überall bemüht ist, ihrer so schwer zu erfüllenden Erziehungspflicht gegenüber ihrer Jugend gerecht zu werden, das demonstriert die folgende Aufstellung der von den Jugendauschüssen getroffenen Bildungsver-

Table with 4 columns: Art der Veranstaltung, Zahl der Veranstaltungen, Teilnehmer, Summen. Rows include Einzelvorträge, Vortragsreihen, Unterrichtskurse, etc.

Nicht einbezogen in diese Zusammenstellung ist Dresden. Hier wurden allein 1078 derartige Veranstaltungen arrangiert.

Die Vortragssthemata behandelten die verschiedensten Wissensgebiete. Am meisten berücksichtigt wurden: Literatur, Jugendbewegung, Geschichte, Naturwissenschaft, Volkswirtschaft und Arbeiterbewegung.

Die Gesamteinnahmen der Jugendauschüsse betragen 99 888,87 Mark, die Gesamtausgaben 89 410,85 M.

Zur Unterstützung der örtlichen Jugendauschüsse und zur Förderung der einheitlichen Bestrebungen ist die Bildung von Bezirksleitungen vorgenommen worden.

Die Tätigkeit der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, die zu gleichen Teilen aus Vertretern des Parteivorstandes, der Generalkommission und der Jugendlichen, die das 18. Lebensjahr überschritten haben, besteht, erstreckt sich darauf, die Jugendauschüsse mit Auskünften, Ratsschlägen, Anleitungen und Agitationsmaterial in ihrer schweren Arbeit zu unterstützen.

Die Nettoausgaben der Zentralstelle betragen 14 507,28 M., wovon 9 988,57 M. auf die „Arbeiter-Jugend“ entfallen.

Die bedeutenden Erfolge der proletarischen Jugendbewegung bestätigen aufs neue, daß sie auf richtigem Wege marschiert, auf dem sich nun auch mittlerweile die Jungen und die Alten zu gemeinsamer Arbeit vereinigt haben.

So erfreulich die Entwicklung, die die proletarische Jugendbewegung genommen hat, auch sein mag, so gilt doch zu bedenken, daß die gegenwärtig verstärkten, vom Staate geleiteten und subventionierten Anstrengungen unserer Gegner alle das gemeinsame Ziel verfolgen: die Jugend des Proletariats der modernen Arbeiterbewegung zu entfremden und für die arbeitserfeindlichen Zwecke der bürgerlichen Parteien einzufangen.

Kleines feuilleton.

Auf in den Kampf, Toreros! Von den Greueln eines spanischen Stierkampfes entwickelt der färschlich von einer Fahrt durch Spanien heimgekehrte französische Reisende Robert Raunay eine Schilderung, die erkennen läßt, wie sehr dieses spanische Nationalschauspiel die grausamen Instinkte der Rasse weckt und die Entartung des Volkscampfindens fördert.

raffen zu wollen, dann brach er hilflos und matt zusammen. Aber die eleganten, anmutigen spanischen Jünglinge ließen sich dadurch nicht hindern, Proben ihres Wannedummes abzulegen, indem sie, immer natürlich durch das Bitter, mit ihren Stöden auf das Tier einhieben.

Erbeben auf der Bühne. Das erste große Ereignis der nun einsehenden Londoner Theaterfaison wird allen Anzeichen nach das Drama „Die Hoffnung“, und dessen große Szene im dritten Akt mit weiser Berechnung auf die künstlerischen Bedürfnisse des englischen Theaterpublikums eine große Erbebenkatastrophe auf die Bühne bringt.

Drahtlose Telegraphie beim Walfang. Eine ähnliche Einrichtung, wie sie jetzt für die deutsche Hochseefischerei eingeführt werden soll, um die mit diesem Gewerbe verbundenen Gefahren zu vermindern, ist aus weniger idealen Gründen in Amerika bereits verwirklicht worden.

nur ein Ansporn mehr sein, die Erziehung des heranwachsenden Proletariats nach Kräften zu fördern. Hier gilt, auf einen Schelm an derbafte zu setzen.

Verbandstag der Porzellanarbeiter.

Die Beratung der vorliegenden Anträge, soweit sie nicht die Unterstützungs- und Beitragsfrage betreffen, wurde in der gestrigen Vormittagsitzung fortgesetzt. Angenommen wurde ein Antrag, der den Vorstand verpflichtet, seine Anträge zur Generalversammlung des Verbandes in Zukunft drei Wochen früher als die der Mitglieder zu veröffentlichen.

Die Beratung der Anträge füllte auch die Nachmittagsitzung aus. Einige Zahlstellen beantragten, daß den Zahlstellen für die Lokalfonds statt bisher 12, nur 10 Prozent von den Beiträgen überlassen bleiben sollten; das wurde jedoch nach längerer Diskussion abgelehnt.

Aus der Partei.

Ein neuer Vorkämpfer.

Die „Schleische Vergewalt“ ist unser jüngstes Parteiblatt benannt, das heute in Waldenburg in Schlesien erscheinen wird. Die Genossen des niederschlesischen Industriereviere, des einzigen schlesischen Reichstagswahlkreises, in dem ein Sozialdemokrat (Sachse) gewählt worden ist, hatten zunächst die Absicht, die neue Zeitung erst im Jahre 1912 herauszubringen.

recht eifrig und mit neuemwertem Erfolge betrieben wird, nicht selten vorgekommen, daß Wale, die bereits harpuniert waren, von den Eingeborenen der benachbarten Westküste gestohlen wurden. Die Walfänger, die nicht immer in ständiger Gefahr sind, ihre Waite sofort in Sicherheit zu bringen, beobachten ein höchst eigenartiges Verfahren, um die Riesenfische bis zur Abholung aufzuheben.

Katapulte beim Bau des Panamakanals. Die aus Washington berichtet wird, hat man bei den Doffierungsarbeiten des Panamakanals große Geschütze konstruiert, die den Zement an die Felsenwände schleudern. Diese müssen nämlich, um der Festigung durch die Wasserströme zu entgegen, teilweise mit einer Zementmasse bekleidet werden.

Damit wäre das Baugeräte mit eine — wenn auch etwas phantastische — Maschine reicher. So ganz neu ist das System nicht; denn wir besitzen bei uns zu Lande auch bereits eine Pumpmaschine zum Weiruf der Wände, die jedoch so unrentabel ist, daß sie nirgends angewendet wird.

Notizen.

Ludwig Barnab, der zuletzt als Direktor des böhmischen Kunsttempels zu Hannover eine ziemlich belanglose Tätigkeit entwickelte, scheidet nun endgültig vom Theater, dem er über ein halbes Jahrhundert seine Kräfte wie seinen Energie geopfert hat.

Die Stuttgarter Parteitagdelegation.

Die Genossen des 1. württembergischen Reichstagswahlkreises haben durch Urabstimmung die Genossen Hildenbrand, Rapp, Bestmeyer und Genossin Dunder mit Parteitagsmandaten betraut. Hildenbrand erhielt von insgesamt 2839 abstimmanden Genossen 1459, Rapp 1436, Frau Dunder 1280 und Bestmeyer 1177 Stimmen.

Der Bericht des Landesvorstandes der Sozialdemokraten Württembergs

liegt im Druck vor. Das verfloffene Geschäftsjahr, 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911, hat der Landesorganisation erfreuliche Erfolge gebracht. Die Mitgliederzahl stieg von 22 600 auf 28 665, das ist um 26,3%. Besonders erfreulich ist die Zunahme der weiblichen Mitglieder von 808 auf 1742. Sie hat sich also mehr als verdoppelt. Die Zahl der Ortsvereine ist um 32, auf 306, gestiegen. 190 Ortsvereine verfügen über eigene Bibliotheken. Der neugegründete Verband der Land- und Waldarbeiter hat in Württemberg in 66 Ortsgruppen 1492 Mitglieder. Der Stand der Landesliste ist außerordentlich günstig. Trotz zweier Landtagswahlen konnte die Kasse ihr Vermögen auf 26 411 M. steigern. Das gute finanzielle Resultat ist wohl in der Hauptsache der Umwandlung der Monatsbeiträge von 25 bis 30 Pf. in den 10-Pfennig-Wochenbeitrag zu danken. Ueber die Hälfte der Mitglieder haben bereits den 10-Pfennig-Beitrag eingeführt; die Erfahrungen sind überall die besten. Mitgliederverluste hat die Einführung des Wochenbeitrags nirgends zur Folge gehabt; im Gegenteil können die betreffenden Ortsvereine von wesentlichen Erfolgen berichten.

Der Einfluss unserer Partei innerhalb der Kollegien der württembergischen Gemeinden hat wiederum eine wesentliche Stärkung erfahren. Während man im Vorjahre im ganzen Lande 264 sozialdemokratische Gemeinderäte und 318 sozialdemokratische Bürgerausschussmitglieder, zusammen also 582 Rathausvertreter unserer Partei zählte, ergaben die diesjährigen Feststellungen noch ein wesentlich günstigeres Bild. Bei den Gemeinderäten hat der Tod die Gesamtzahl der eingeschriebenen Parteimitglieder auf den Rathhäusern um 2 auf 292 herabgesetzt, die Bürgerausschussmitglieder aber haben sich um 154 auf 472 vermehrt, so daß die Gesamtzahl unserer Rathausvertreter auf 734 stieg.

Die Jugendbewegung schreitet langsam, aber stetig vorwärts. Die Mitgliederzahl stieg von 1289 am 1. Oktober 1910 auf 1870 am 1. Juli 1911; die Zahl der Ortsvereine ist von 17 auf 20 gestiegen.

Die Parteipresse hat gleichfalls Fortschritte zu verzeichnen. In den beiden bestehenden Parteipressen (Schwäb. Tagwacht-Stuttgart, Redarcho-Heilbronn) kam die freie Volkszeitung-Göppingen und die Ehlinger Volkszeitung. Letztere beiden Blätter werden in der Tagwacht-Druckerei hergestellt, die Göppinger freie Volkszeitung wird jedoch im kommenden Monat ein eigenes Heim beziehen. Zwei andere Parteiblätter für Ulm und Keulingen sind in der Gründung begriffen. Die Tagwacht zählt 22 700 Leser, das Heilbronner Parteiblatt 7600, das Göppinger Blatt 4438, das Ehlinger Organ 4493. Bei den Wahlen 1907 zählte die Parteipresse erst 21 065 Abonnenten.

Die beiden Landtagswahlen in Heilbronn-Amt und in Leonberg brachten der Partei einen wesentlichen Stimmengewinn. Heilbronn-Amt, das im Jahre 1906 unser verstorbener Genosse Schäffer in der Stichwahl holte, behaupteten wir diesmal gleich im ersten Wahlgang mit einem Stimmengewinn von 638 auf 3019 Stimmen. In Leonberg siegte zwar diesmal noch der Bauernbündler dank der Unzuverlässigkeit der „Freisinnigen Volkspartei“, jedoch steigerten wir unsere Stimmzahl von 1584 im Jahre 1906 auf 2106 im Mai dieses Jahres.

Aus den Organisationen.

Der Zentralverein für den 6. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis (Ottensen-Binneberg) hielt am Sonntag in Wedel die zahlreiche besetzte Generalversammlung ab, in der der Geschäftsführer, Genosse Gillen-Ottensen, ein erfreuliches Wachstum des Vereins zu konstatieren vermochte. Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg von 8147 auf 8682, die der weiblichen von 1456 auf 1580. Der Verein zählt gegenwärtig 10 662 Mitglieder. Da 1907 im Kreise 19 617 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, wären also 45,78 Proz. dieser Wähler organisiert, wobei in Betracht zu ziehen ist, daß dieser ausgedehnte Kreis überwiegend aus kleinen, zum Teil noch einen rein agrarischen Charakter tragenden Orten besteht. Es ist mithin ein tüchtiges Stück Agitations- und Organisationsarbeit geleistet worden. Das „Hamburger Echo“ wird in 1917, die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ in 2076, die „Gleichheit“ in 677 Exemplaren gelesen. An Flugblätter und Broschüren wurden 270 000 und daneben 70 000 Exemplare der „Landpost“ verbreitet. Die Beteiligung an der Raifeiert war stärker als früher; ausgerechnet auf 10 Tage wurden 680 Metallarbeiter. In den Städten sind — infolge des hohen Wahlsens — nur 9 sozialdemokratische Stadtverordnete tätig, während in den Randgemeinden 47 Genossen als Vertreter fungieren. Als es unseren Genossen gelungen war, in den Städten Binneberg, Glashütte und Uetersen die Wahlsensurstrafe zu durchbrechen, wurde flugs der Jenseit von 1200 auf 1500 M. bzw. 900 auf 1200 M. und auf 1500 M. (Höchstgrenze) erhöht. Diese Wahlrechtsüberereine wurden gebührend an den Pranger gestellt. In den größeren Orten bestehen Jugendorganisationen mit zusammen 450 Mitgliedern. Trotz aller Schikane seitens der patientierten Jugendwächter marschiert die Jugendbewegung. Auch die Bildungsbestrebungen finden einen guten Resonanzboden. Neben dem idealen war auch das finanzielle Ergebnis ein gutes. Die Einnahmen und Ausgaben der Ortsvereine balanzieren mit 57 710,58 M. Die Zentral-

Der Herr Lehrer.

Als ich noch in die Schule ging, hatte ich einen sonderbaren Haß zum Lehrer. Doch er unschuldig war, versteht sich von selbst. Das bringt das Amt mit sich. Und natürlich wußte und verstand er auch alles besser als seine Schüler. Eigentümlich aber war an Herrn Ruprecht Lederstroh, daß er schon aufgebracht wurde, wenn überhaupt jemand außer ihm etwas wußte, und geradezu wütend konnte er werden, wenn jemand etwas besser wußte als er. Natürlich dauerte es nicht lange, so hatten wir Jungen diese kleinen Schwächen unseres Herrn Lehrers heraus und wußten sie sehr gut auszunutzen. Nie sagte einer von uns eine Aufgabe ganz richtig her, selbst wenn er es gekannt hätte; denn wenn Herr Lederstroh nichts zu tadeln fand, dann wurde er ganz wütend, und dann endete die Sache immer damit, daß der arme Schüler ein paar Kopfnüsse bekam. Dagegen hatte man schon gewonnenes Spiel, wenn man ihm irgendeinen Happen hinwarf. So entschuldigte ich mich einmal, als ich ganz unvorbereitet in die Schule kam, damit, ich sei am Tage vorher durch ein vorbeifahrendes Auto so erschreckt worden, daß ich nichts lernen konnte. „Was sagst Du da?“, unterbrach mich Herr Lederstroh, ohne die Unsinnsigkeit meiner Ausrede irgend zu beachten. „Was ist das, ein Auto?“ Auto kommt von dem griechischen Wort Autos, das heißt Selbst. Was heißt es also, Du seiest von einem „Selbst“ erschreckt worden? Du meinst wahrscheinlich ein sogenanntes Automobil. Das ist aber ein schreckliches Wort, denn die Hälfte ist griechisch, die Hälfte lateinisch.“ Dabei war Herr Lederstroh von seiner eigenen Weisheit so entzückt, daß er ganz vergaß, mich zu prägen.

Ich hatte diesen alten Schulstich schon ganz vergessen. Aber es scheint, daß er nun, was ich ihm nie zugehört hätte, ein ganz rabulischer Sozialdemokrat geworden ist. Wenigstens kann ich kaum denken, daß die mit R. L. geseichneten Leitartikel der „Leipziger Volkszeitung“ von jemand anderem herühren könnten, als von

soße vereinmählte 48 232,57 M. Davon wurden 5551,86 M. an den Parteivorstand in Berlin und 4166 M. an die Provinzialkasse abgeführt. Gegen das Vorjahr beträgt die Mehrerinnahme 9757,56 M. Am Ende des Geschäftsjahres betrug der Kassenbestand 9919,32 M. An freiwilligen Beiträgen a 10 Pf. gingen 5582,30 M. ein.

Ein Antrag, den Monatsbeitrag von 40 auf 50 Pf. zu erhöhen, wurde abgelehnt. Das System der freiwilligen Extrabeiträge soll beibehalten werden.

Ueber die bevorstehenden Reichstagswahlen referierte an Stelle des leider schwer erkrankten Kandidaten v. Elm Genosse Hadelberg-Ottensen, der am Schluß seines scharf-umrissenen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages die Genossen aufforderte, alle Kräfte einzusetzen, damit wieder die rote Fahne über diesem Wahlkreise wehe. Wenn bei den Pottentottenwahlen Landrat Dr. Schuff an den Reichstanzler telegraphierte: „Wahlkreis von den bürgerlichen Parteien glänzend zurückerobert“, muß das nächste Telegramm heißen: „Wahlkreis gehört dauernd der Sozialdemokratie!“

Beschlossen wird, zum Parteitage vier Delegierte zu entsenden. Die Wahl wird in den einzelnen Ortsvereinen vollzogen. Sollte sich unter den Gewählten keine Genossin befinden, dann erhält derjenige, der die meisten Stimmen erhalten hat, auch das Mandat zur Frauenkonferenz.

Vorort des Kreises bleibt Ottensen. Zum Geschäftsführer wird Gilken wiedergewählt, die Kassengeschäfte bleiben in den Händen des Genossen Durck-Ottensen.

Der Wahlkreis Hanau-Vodenheim-Gelnhausen-Drö verzeichnete auch im letzten Geschäftsjahr erfreuliche Fortschritte. Die Zahl der Parteimitglieder stieg um 900 und betrug am 1. Juli d. J. 8411 (darunter 1456 Frauen), welche sich auf 74 Orte des zumeist ländlichen Wahlkreises verteilen. Gegenüber dem sozialdemokratischen Stimmen 1907 beträgt die Zahl der Parteimitglieder 46,98 Prozent resp. bei einem Vergleich der männlichen Mitglieder allein 38,80 Prozent. Im Berichtsjahr fanden 164 öffentliche und 603 Mitglieder-Versammlungen statt, darunter 88 öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, die die Sozialabtreiberei im Kreise noch in hoher Wäute steht. 190 000 Flugblätter und 4000 Broschüren gelangten zur Verbreitung. Die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten im Kreise beträgt 15, dazu kommen 82 Gemeindevertreter (in 29 Gemeinden) und 5 Gemeindevorstandsmitglieder (Schöffen). Die Kreisliste hatte 27 761,18 M. als Einnahmen, denen 26 131,98 M. Ausgaben gegenüberstehen.

Die Bildungsbestrebungen erlitten eine eifrige Förderung. 96 Veranstaltungen fanden in 22 Orten statt, dazu 2 Vortragskurse der Genossen Dr. Dunder und O. Nöhle. 22 Orte besitzen Bibliotheken, zum Teil allerdings erst in ihren Anfängen. Die Jugendbewegung befindet sich ebenfalls in erfreulicher Entwicklung. In 16 Orten sind 1061 Abkommen der „Arbeiter-Jugend“ vorhanden, trotz gegnerischer Belämpfung, die im besonderen aus Hanau-Stadt gemeldet wird.

Die Kreisgeneralversammlung wählte als Delegierte zum Jenauer Parteitage die Genossen D. H. Mann und Mad. Hanau, Vender-Preungesheim und die Genossin Ott. Vodenheim. Letztere wurde auch als Delegierte zur Frauenkonferenz bestimmt.

Polkzeitliches, Gerichtliches usw.

Kaplanbesoldigung.

Wegen öffentlicher Beleidigung von 24 Kaplanen und Vikaren des schwarzen Kreises Lüdinghausen wurde der Genosse Expedient Stähmeyer von der Dortmunder Strafkammer zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Als in einer Zentrumsversammlung in Schüren der Landtagsabgeordnete Gronowski in bekannter Weise über die Sozialdemokratie herzog, veranstalteten unsere Genossen bald nachher eine Abwehrveranstaltung, in der Stähmeyer referierte. In der Diskussion sprachen auch Zentrumsanhänger. Im Schlußwort ging Stähmeyer das in der Diskussion Gesagte durch, wobei er auch das Verhalten eines Geistlichen des Kreises Lüdinghausen erwähnte. In der Verhandlung vor der Strafkammer bekundeten eine Anzahl christlicher Zeugen, daß Stähmeyer erwähnt habe, die Frauen hätten nach der Anweisung des Pfarrers den Männern den Weichsel verweigern sollen, wenn sich die Männer nicht christlich organisierten. Vier Zeugen haben von solcher Redensart Stähmeyers nichts gehört, sie haben nur gehört, daß unser Genosse erklärte, es sei nicht neu, daß Geistliche gegen den alten Bergarbeiterverband und gegen die Sozialdemokratie agitieren. Ein Geistlicher des Kreises Lüdinghausen habe bei der Knopfschaftswahl auch gegen den alten Verband gearbeitet. Das Gericht hielt erwiesen, daß die Beuherung gefaßt sei, wie sie die Zentrumszeugen bekundet hatten.

Soziales.

Die fortgesetzte Hege gegen die Ortskrankenkassen

wird jetzt nach einem neuen System betrieben. Dem Bestreben der Schornmacher, vor dem Inkrafttreten der neuen Reichsversicherungordnung möglichst viele Betriebskrankenkassen zu gründen, soll eine Korrespondenz dienen, die die weitere Öffentlichkeit von den „Verteilen“ der Betriebskrankenkassen gegenüber den Ortskrankenkassen unterrichtet und Stimmung machen will. Diese Korrespondenz, die kostenlos an die bürgerliche Presse verandt wird, erscheint unter dem Titel: „Betriebskrankenkassen-Korrespondenz“. Sie wird herausgegeben von „Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen“, Essen-Ruhr, unter der Schriftleitung eines Dr. Holbach. Die neueste Nummer vom 26. August bringt gleich sechs Artikel und zwar, um die Aufnahme in bürgerlichen Blättern auch in Zweifelsfällen zu sichern, in einer Form, die den Anschein einer objektiven Beurteilung erwecken soll. Daß bei der Tendenz der Korrespondenz das Thema von den „sozialdemo-

meinem lieben alten Ruprecht Lederstroh. Sie tragen alle seine freundlichen Gewohnheiten und Eigenschaften allzu deutlich an der Stirn.

Der Verfasser unseres Marokko-Flugblattes scheint den alten Lederstroh nicht so gut zu kennen wie ich; sonst hätte er es so gemacht wie Genossin Rosa Luxemburg, die unlängst einen Artikel über die Marokkofrage in der „Gleichheit“ veröffentlichte, vorzichtigerweise aber auch einigen Unsinn hineinschrieb und auf diese raffinierte Weise dem strengen Kritiker entging, der sich nun an Marokko-Flugblatt allein schadlos halten mußte. Der Haupteinwand, den R. L. gegen das Flugblatt erhebt, ist der, daß es behauptet, die deutsche Kolonialpolitik betreibe nicht die Interessen des ganzen Völkertums, sondern nur die einer dünnen, aber mächtigen Schicht von Großkapitalisten, Militärs und Bürokraten. In ihrem Artikel in Nr. 23 der „Gleichheit“ hat Genossin Luxemburg das selbe behauptet. Sie sagt dort, die Diplomaten seien Hampelmänner, die von den Händen „einiger großkapitalistischen Cliquen“ gelenkt werden, von „einem Duzend ruffriger Industriemitter“. Aber offenbar hat da die Genossin Luxemburg sich nämlich des gestrigen Richters in der Leipzigerin erinnert, der sich jetzt als der große Parteischulmeister aufzuden hat, und um ihn zu verhöhnen, schreibt sie: „Das Instrument des Himmels spielt in seiner eigenen Selbstherrlichkeit; oder wird vielmehr hinter dem Rücken des Volkes von ein paar heuchlerischen kapitalistischen Cliquen gespielt. Der Monarchismus und seine Hauptstütze, das kriegerische konservative Junkertum, sind vornehmlich Schuldige bei dem Marokkoentzerr.“

Als Genossin Luxemburg das schrieb, muß sie wohl schlau gedacht haben. „Entweder, dachte sie, verbeißt sich jetzt der alte R. L. schon an dem falschen Bild, daß ein Instrument selbst spielt (was?), oder wenn er selbst daran vorbeikommt, dann bleibt er bei der Frage stehen, wie die konservativen Junker identisch sind mit den heuchlerischen kapitalistischen Cliquen.“ Diese Spekulation war offenbar richtig. R. L. war voll auf befriedigt,

trastischen Agitatoren“, die angeblich in fetten Bürcunden die Ortskrankenkassen bevölkern, wieder abgegrast wird, ist nicht verwunderlich. Es erscheint angebracht, die Versicherten auf die kostspieligen Anstrengungen der Schornmacher zur Errichtung von Betriebskrankenkassen immer wieder aufmerksam zu machen.

Gerichts-Zeitung.

Wegen den Jugendausschuss.

In ihrem Kampf gegen die Bewegung der proletarischen Jugend ist die Polizei bekanntlich auf das Mittel verfallen, den Jugendausschuss für Groß-Berlin als einen politischen Verein zu betrachten und vom Obmann des Ausschusses, dem Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, zu verlangen, daß er der Polizei die Statuten des „Vereins Jugendausschuss“ und die Namen der Vorstandsmitglieder desselben mitteile. Genosse Rosenfeld tat das nicht, weil das Verlangen der Polizei durchaus unberechtigt ist, da der Jugendausschuss kein Verein ist und sich auch von jeder Polizei streng fernhält. Das Schöffengericht hat bekanntlich der Polizei recht gegeben, den Jugendausschuss als einen politischen Verein erklärt und den Genossen Rosenfeld mit einer Geldstrafe belegt, weil er dem Verlangen der Polizei nicht nachgegeben ist.

Infolge der vom Genossen Rosenfeld eingelegten Berufung beschloß die 9. Ferien-Strafkammer des Landgerichts I mit der Angelegenheit. — Als Beweismittel für die haltlose Behauptung der Staatsanwaltschaft, daß der Jugendausschuss ein politischer Verein sei, wurde aus dem Protokoll des Nürnberger Parteitagges die auf die Jugendbewegung bezügliche Resolution sowie der Kommissionsbericht des Genossen Haase-Königsberg verlesen. Ferner wurden verlesen ein an die schulenklassene Jugend gerichtete Flugblatt der Zentralstelle für die arbeitende Jugend, das Arbeitsprogramm für 1909 des Jugendausschusses für Groß-Berlin und das Programm einer von ihm veranstalteten Schülerfeier. Schließlich wurde auch noch auf Antrag des Staatsanwalts gegen den Widerspruch des Genossen Rosenfeld, ein nicht vom Jugendausschuss ausgegangenes Schriftstück, nämlich ein von der Zentralstelle an die Bezirksleitungen der Jugendausschüsse verandtes Regulative verlesen.

Zur Begründung der Berufung sagte Genosse Rosenfeld u. a.: Der Jugendausschuss ist kein Verein. Er kann seiner Zusammenfassung und seinem ganzen Wesen nach nur als ein Komitee angesehen werden. Sollte man ihn als einen Verein betrachten, dann müßte auch ein Komitee, beispielsweise aus Vertretern von sechs konservativen Wahlvereinen, welches sich zur Verdringung der Agitation in Berlin gebildet hätte, als Verein angesehen werden. Auch das Komitee, welches gestern die Marokkoverammlung veranstaltete, müßte dann als Verein betrachtet werden. Es ist aber noch keinem Menschen eingefallen, derartige Körperschaften als Vereine zu behandeln. — Für die Behauptung, der Jugendausschuss bezwecke, auf politische Angelegenheiten einzuwirken, hat die Weisungsausschuss nichts ergeben. Der Vordirektor folgte den politischen Charakter des Jugendausschusses daraus, daß er sagte, der Ausschuss stehe in innigem Zusammenhange mit der sozialdemokratischen Partei. Selbst wenn ein solcher Zusammenhang vorhanden wäre, was ich bestreite, so beweist das nichts für die Zwecke, welche der Ausschuss verfolgte. Der Bund der Landwirte, gmeißellos ein politischer Verein, läßt durch eine Kommission Markt verkaufen. Diese Kommission steht ohne Zweifel in innigem Zusammenhange mit dem Bunde der Landwirte. Es ist aber noch niemandem eingefallen, die Tätigkeit der Kommission als eine politische zu bezeichnen. — Es kann nur darauf ankommen: Was hat der Ausschuss getan und was bezweckt er? Die Staatsanwaltschaft verweist auf den Nürnberger Parteitag und die Zentralstelle. Was diese Körperschaften tun, kann nicht gegen uns ins Feld geführt werden, denn wir haben nach eigenem Ermessen gehandelt. Uebrigens ist das angeführte Flugblatt der Zentralstelle gar nicht politisch. Der Jugendausschuss für Berlin hat sich sorgfältig von jeder politischen Tätigkeit ferngehalten. Seit drei Jahren besteht der Ausschuss. Die Polizei hat die von ihm veranstalteten Versammlungen überwacht, hat aber an keiner einzigen Versammlung Anstoß genommen. Die Polizei hat sich eingehend um alles gekümmert, was mit dem Jugendausschuss irgend wie in Verbindung zu bringen war. Sie hat sich sogar das hier verlesene Regulative der Zentralstelle zu verschaffen gewünscht, welches nur an die Mitglieder der Bezirksleitungen verandt worden ist. Aber trotz des großen Interesses, welches die Polizei an uns nimmt, hat sie uns keine politische Tätigkeit nachweisen können. — Es kommt darauf an, was wir positiv tun. Wir veranstalten für die Jugend Vorträge aus den verschiedensten Gebieten des Wissens und der Kunst, pflegen die Volksbildung, bekämpfen die Schundliteratur und halten die Jugend von den Gefahren der Straße fern. Auch den Jugendausschuss lassen wir uns angelegen sein. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir die Jugendbildung hinreichend fördern können auch ohne politische Tätigkeit. Wir tun also nichts anderes, als was Leute aus allen Parteien, welche Jugendspiele betreiben, auch tun, ohne daß man je gehört hat, daß nationalliberale, konservative und katholische Jugendkommissionen als politische Vereine angesehen werden. Wenn man mit gleichem Maß messen und nicht an unsere Tätigkeit einen besonderen Maßstab anlegen will, dann muß ich freigesprochen werden.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Assessor Eckert, stellte sich auf den Standpunkt: Wenn der Jugendausschuss auch keine Statuten habe, es sei doch eine Leitung vorhanden, denn Rechtsanwalt Rosenfeld sei ja der Obmann. Der Ausschuss sei ein Verein, der die Jugend mittelbar politisch zu beeinflussen suche. Es möge sein, daß äußerlich nur Ausflüge, Spiele und ähnliche Veranstaltungen betrieben werden, der Zweck aber sei, die Jugend im Sinne der Sozialdemokratie zu erziehen. So sei es ja auch in Nürnberg beschlossen worden. Dafür spreche ja auch das Schülerfeierprogramm, welches das Schülerische Bistat enthalte, welches zum Kampf gegen Tyrannenmacht auffordere.

Genosse Rosenfeld trat den Ausführungen des Staatsanwalts

daß er die Sache doch besser versteht als Genossin Luxemburg, und so bemängelte er nicht einmal, daß nach dem zitierten Artikel in den Revolutionen in der Türkei, in Persien, in Mexiko, Haiti, in Portugal, in Spanien und in (gute!) Rußland überaus die Lebensinteressen der Völker, die Mächte des Fortschritts (11 die türkischen und portugiesischen Offiziere, Herr Wadero in Mexiko, der Isor die Sozialisten hinter Schloß und Riegel bringen läßt) und der Entwicklung gegen das lödrige Flußwerk der kapitalistischen Ordnung rebellieren.“ Das lieh A. L. ruhig passieren, der doch sonst so streng darüber wacht, daß in der gesamten Parteipresse jeder Fall die rot angezeichnet wird, in dem von einer Aktion des Völkertums als von einem „Fortschritt“ gesprochen wird.

Da war der arme Verfasser unseres Flugblattes unvorsichtiger. Er begnügte sich nicht mit dem Hinweis darauf, daß die Kolonialpolitik heute in Deutschland von allen bürgerlichen Parteien gefördert und nur von der Sozialdemokratie konsequent bekämpft wird. Er zeigte nicht nur, wie alle bürgerlichen Klassen das lebhafteste Interesse an der Aufrechterhaltung der kolonialpolitischen Illusionen haben, er geht auch auf ihre Argumentation ein und gerührt sie; er zeigt die Hohlheit ihrer Präsen, die Abgeschmacktheit ihrer Behauptungen und Vorspiegelungen; er widerlegt „Beweisführungen“, die leider bis in unsere Reichen hinein bereits, wenn auch nur sehr vereinzelt, Anklang gefunden haben. (Vgl. Hildenbrand.) Das kann der Herr Schullehrer natürlich nicht zu geben. Das hat er noch nicht vorgetragen, daher hat es niemand zu wissen. Weiß es aber doch jemand, dann — um so schlimmer für ihn.

Aber besonders an einem habe ich meinen alten Freund Lederstroh mit Bestimmtheit wiedererkannt: in dem feinen Taft, mit dem er gerade den richtigen Augenblick, wo dies Flugblatt seine Verbreitung in den Wästen finden und seine Wirkung gegen Kriegshäher und Kolonialfahes tun soll, erfassen hat, um die rote Tinte seiner Unmöglichkeit über unsere Aktion zu gießen.

G. Eckert.

entgegen und hat, um dessen Behauptungen als irrig darzutun. Beweis dafür an, daß sich der Ausschuss niemals politisch betätigt hat, wenn auch der Staatsanwalt die Beweislast zufalle. Wenn sich der Staatsanwalt schon auf ein Zitat aus Schiller berufe, der zu einer Zeit lebte, wo es noch keine Sozialdemokraten gab, und wenn der Staatsanwalt damit die sozialdemokratische Tätigkeit des Ausschusses beweisen wolle, dann müsse er wohl am Ende seiner Beweisführung sein.

Das Gericht verwarf die Berufung.
Es nimmt — wie der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmitz ausführte — an, daß der Jugendausschuss ein Verein ist, denn in ihm habe sich eine Anzahl von Personen nicht nur vorübergehend, sondern für längere Zeit zu einem bestimmten Zweck verbunden. Die Frage, ob der Verein politische Angelegenheiten betreibe, habe das Gericht gleichfalls bejaht. Nach der auf dem Parteitage gegebenen Begründung könne es keinem Zweifel unterliegen, daß die Jugendausschüsse gedacht seien als eine Einrichtung, um die Jugend in der proletarischen und sozialdemokratischen Weltanschauung heranzubilden. — Das habe ja der Abgeordnete Singer auf dem Parteitage ausgesprochen. Es möge sein, daß der Ausschuss unabhängig von der Zentralkomitee arbeite, aber er sei doch von demselben Geist, wie diese, erfüllt. Der Angeklagte Rosenfeld habe ja auch im „Vorwärts“ vom 29. Januar 1909 die Bildung des Jugendausschusses angezeigt und hinzugefügt, der Ausschuss werde die Bildung und Erziehung der Jugend im Sinne der proletarischen Weltanschauung fördern. Von diesem Gesichtspunkt seien auch die Vorträge und Programme des Ausschusses gebildet. Die Veranstaltungen des Ausschusses würden im „Vorwärts“ publiziert. Es bestehe eine enge Verbindung des Ausschusses mit der Partei. — Es sei nicht nötig, daß die zur Kennzeichnung des politischen Charakters eines Vereins erforderliche unmittelbare Einwirkung auf den Staat, seine Gesetzgebung und Verwaltung gegenwärtig stattfinde. Es genüge, wenn die Einwirkung eine künftige sei. Das sei hier der Fall. Nach dem Sage: „Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft“ solle die Jugend zur Sozialdemokratie herangezogen werden, um die Ziele der Partei zu erreichen. Dadurch sei die Einwirkung auf politische Angelegenheiten festgestellt. Ob der Vorstand aus einer oder mehreren Personen bestehe, sei gleichgültig. Hier sei der Obmann der Vorstand. Er müsse die Sitzungen einleiten und wenn keine Beständen, dann müßten welche geschaffen werden.

Ist das Urteil so richtig wie es logisch besteht ist, dann wies sich die Frage auf: weshalb sind die Jugendvereine nicht angeklagt, die aus der Jugend künftige „Patrioten“ und Gegner der Sozialdemokratie machen wollen?

Der polnische Adler.

In der Reuber Straße, in der Nähe einer katholischen Kirche, die viel von polnisch sprechenden Katholiken besucht wird, betreibt der Kaufmann Offenbergs ein kleines Geschäft, wo er unter anderem auch Artikel feil hält, die auf die Bedürfnisse der polnischen Bevölkerung Rücksicht nehmen, namentlich Postkarten mit polnischem Text und dergleichen. Die polnischen Postkarten zeigen die preussische Polizei mächtig an. Offenbergs erhielt oft Besuch von Polizeibeamten, die seinen Laden revidierten. Bei einer solchen Durchsichtigung des Ladens fanden die Beamten in einem Behälter vier Ringe und Medaillen. Jeder dieser Gegenstände trug — Vorwärt, verhöllte dein Haupt! — das Bild eines polnischen Adlers. Obgleich die fürchterlichen Gegenstände im Laden wohl verwahrt und nach außen hin gar nicht sichtbar waren, wurde Offenbergs wegen — groben Unfugs angezeigt und auch vom Schöffengericht verurteilt, weil das Festhalten der mit polnischen Emblemen geschmückten Sachen die öffentliche Sicherheit gefährde. Die Berufung des Angeklagten gegen dies sonderbare Urteil wurde gestützt von der 9. Strafkammer des Landgerichts I verworfen. Auch die Strafkammer ist der Ansicht, daß das Festhalten polnischer Embleme ein Gefühl der Unsicherheit hervorrufe und dadurch die öffentliche Ordnung gefährde.

Dies unhaltbare Urteil muß in der Revisionsinstanz natürlich aufgehoben werden.

Es wirkt nicht immer.

Vor dem hiesigen Schöffengericht stand der Arbeiter Müffeld unter der Anklage der Körperverletzung mit gefährlichem Werkzeug. Nach der Anklage und den Aussagen von Zeugen schlug der Angeklagte in einem Lokal den Arbeiter B. mehrere Male mit einem Bierseidel auf den Kopf, nach der Beweisaufnahme lediglich deshalb, weil sich B. die Belästigung verbat. Entschuldigen wollte der Angeklagte die Tat mit der Angabe, daß er gereizt worden wäre, indem man ihm Streikbrecher, Polizeischmeißer und ähnliche Redensarten zugerufen habe. Gestanden sind solche Redensarten aber nach den eidlichen Zeugenaussagen nicht. Zweifelsohne wollte der Angeklagte vor den Richtern als Mörder erscheinen und als solcher die Höhe in ein anderes Licht gestellt haben. Gewirkt hat dies Hinbegarbe-Argument aber nicht. Das Urteil lautete auf 6 Wochen Gefängnis.

Vom Arbeiterinnenklub.

Wegen Uebertretung der Arbeiterschuldbüchlein der Gewerbeordnung war der Inhaber einer Zigarettenfabrik, Singer, vom Berliner Landgericht zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt worden, weil zu der Zeit, wo die Zigarettensteuer in Kraft treten sollte, die Arbeiterinnen in dem Betriebe unzulässige Uebertretungen, einmal auch Nacharbeit hätten machen müssen und die Ruhepausen nicht innegehalten worden seien. (Es wurde damals mit Hochdruck gearbeitet.) Das Gericht ließ den Einwand, daß E. in der Person eines Herrn Meyer wegen eigener Kränklichkeit einen Stellvertreter bestellt gehabt hätte, nicht als strafausschließend gelten. Diese Bestellung als Betriebsleiter

wäre schon deshalb nicht genügend gewesen, weil M. in jener Zeit zwischen durch immer mehrere Tage auf Reisen gewesen sei. Im übrigen habe auch Angeklagter in der Nähe gewohnt und sei öfter auf kurze Zeit in der Fabrik erschienen. So sei die Möglichkeit einer eigenen Beaufsichtigung des Betriebes nicht ganz ausgeschlossen gewesen. Wenn er sich nur etwas darum bekümmerte, so hätte er die Gefährlichkeit erkennen müssen, und es wäre seine Pflicht gewesen, einzugreifen. Zum mindesten hätte er aus § 161 der Gewerbeordnung, der auch bei Bestellung von Stellvertretern die Gastbarkeit des Chefs unter gewissen Voraussetzungen, die hier in der Möglichkeit einer eigenen Beaufsichtigung bis zu einem gewissen Grade bestanden, zulasse.

Der Revisionsrat des Kammergerichts verwarf dieser Tage die hiergegen vom Angeklagten eingelegte Revision als unbegründet.

Verfammlungen.

Mißstände in der Gasmessfabrik von Eister
wurden vor etwa vier Wochen in einer Versammlung von Arbeitern und Arbeiterinnen dieses Betriebes besprochen. Da es im Betriebe immer noch nicht besser geworden ist, so haben sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Eister am Dienstag auf neue Veranlassung ihre Beschwerden in einer Versammlung vorzutragen, die von der überwiegenden Mehrheit der Beschäftigten besucht war. — Der Referent Kasziski führte aus: Der Meister Scharf, über den sich die Arbeiter am Schwefeln zu beklagen hatten, habe nach der vorigen Versammlung gesagt, wenn sein Name nochmals im „Vorwärts“ genannt werde, dann werde er Maßnahmen treffen, die eher eine Verschärfung als eine Milderung der Verhältnisse bedeuten würden. Eine Kommission, die Verhandlungen einzuleiten versucht habe, konnte nichts erreichen. Meister Scharf habe in unverschämtem Herrendünkel erklärt, die Kommission könne über alles mit ihm reden, nur nicht über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. So sei denn alles beim alten geblieben, ja in mancher Hinsicht noch schlechter geworden, so daß den Arbeitern nichts übrig bleibe, als ihre Beschwerden öffentlich vorzutragen. Das einzige, womit die Firma auf die vorige Versammlung reagiert habe, sei die Entlassung eines Werkzeugmachers und einer Arbeiterin, die in der Versammlung Klagen über geringe Entlohnung vorgebracht hatten. Doch durch solche Gewaltmaßregeln werden sich die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht abfären lassen, ihre Beschwerden immer wieder aufs neue vorzutragen, bis sie gehört und berücksichtigt werden. Ursache zu Klagen sei reichlich vorhanden. Akkordpreise würden willkürlich und oft in ungerechender Weise festgesetzt. Auch über die Behandlung durch die Angehüllten der Firma werde immer noch geklagt. Von einer Abteilung des Betriebes werde behauptet, daß die dort beschäftigten Arbeiterinnen von Arbeitern, die als „Schleider“ fungieren, durch Joten und handgreifliche Judringlichkeiten belästigt würden und daß eine Arbeiterin, die sich deshalb beim Meister beklagte, nichts anderes erreichte, als daß sie von denen, gegen die sie sich beschwerte, als unbrauchbare Arbeiterin hingestellt wurde und schließlich ihre Entlassung erfolgte. Vorher hatte es einer der Beschäftigten verstanden, die Arbeiterinnen der Abteilung zu beeinträchtigen, daß sie die Entlassung der Beschwerdeführerin verlangten. Weiter hob der Referent hervor, daß die Firma versuche, einen gelben Betriebsverein zu bilden, zu dem der Beitritt jedes Beschäftigten verlangt werde, was als eine arge Bedrückung empfunden werde.

Die Einzelheiten, die der Referent von Mißständen angeführt hatte, wurden in der Diskussion bekräftigt und ergänzt. — Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, worin die Anwesenden protestieren gegen den Versuch der Firma, die gelbe Seuche auf ihren Betrieb zu übertragen und sich verflüchten, die Beschäftigten bis auf den letzten Mann dem Deutschen Metallarbeiterverbande zuzuführen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Die am Mittwoch abgehaltene Generalversammlung war die erste, die gemäß den früheren Beschlüssen aus Delegierten zusammengesetzt war. Die Zahl der Teilnehmer beträgt 908. Wie der Vorsitzende Berner bemerkte, war der Besuch früher, wo jedem Mitgliede der Zutritt zustand, oft erheblich schwächer. — Nachdem die Versammlung eine Reihe von Ausschlußanträgen erledigt hatte, erstattete Berner den Bericht des Vorstandes für das zweite Quartal. Die Konjunktur war besser wie im ersten Quartal, deshalb konnten für eine Anzahl von Kollegen Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse erreicht werden. Es fanden Lohnbewegungen statt in 382 Betrieben mit 1812 Beteiligten. Abwehrbewegungen in 5 Betrieben mit 107 Beteiligten hatten Erfolg. Angriffsbewegungen in 178 Betrieben mit 1607 Beteiligten brachten Lohnerhöhungen von 1 bis 4,00 M. pro Mann und Woche. In 3 Betrieben mit 41 Beteiligten hatten die Angriffsbewegungen keinen Erfolg. Das Versammlungsleben war sehr reger; es wurden im ganzen 1378 Versammlungen, Sitzungen usw. abgehalten.

Die vom Kassierer Siezinske vorgelegte Abrechnung zeigt eine Einnahme von 311 344,00 M., eine Ausgabe von 285 341,60 M. und einen Bestand von 78 002,40 M. Für Unterstüßungszwecke wurden 180 874 M. ausgegeben. Das sind 74 651 M. mehr wie im ersten Quartal. — Die Zahl der Mitglieder hat sich um 3816 vermehrt, sie beträgt 41 648 männliche, 1776 jugendliche, 1785 weibliche, zusammen 45 209.

Der Bericht über die Frequenz des Arbeitsnachweises ergibt, daß bei Beginn des Quartals 6198 Arbeitslose eingeschrieben waren. Gemeldet wurden 2912 feste und 4040 Ausschlußstellen. Befehlt wurden 2018 feste und 3806 Ausschlußstellen.

An Stelle eines ausgeschiedenen Mitgliedes der Bezirksleitung wurde Scheurel gewählt. — Ein Antrag wurde angenommen, welcher besagt, daß Mitglieder, welche dem Verbande noch nicht 8 Wochen angehören oder noch nicht 8 Wochen Beiträge bezahlt haben, die Räume des Arbeitsnachweises nicht dauernd benutzen, sondern nur täglich um Arbeit nachfragen dürfen.

Aus aller Welt.
Der Choleraaufstand in Verbicaro,

Rom, 28. August 1911. (Fig. Ber.)
In Verbicaro in Calabrien hat die Cholerafurcht wüste und entsetzliche Szenen gezeitigt. In dem 6000 Einwohner zählenden Ort war durch Infektion des Trinkwassers eine ganz plötzliche und heftige Choleraepidemie ausgebrochen: in wenigen Tagen hatte man 82 Erkrankungen und 48 Todesfälle zu verzeichnen. In dieser traurigen Lage versagte der Bürgermeister, dem sein Amt doch wohl Pflichtgefühl und Mut hätte verleihen sollen, vollständig: er verschloß sich mit seiner Familie in seinem Hause. Die anderen kommunalen Behörden folgten dem verächtlichen Beispiel, so daß alle öffentlichen Dienste aufhörten und die Leichen der Choleraerkranken, wie die „Tribuna“ berichtet, in den Häusern der Verwesung überlassen wurden. Ein Bürger des Ortes telegraphierte an die zuständige Präfektur von Cosenza, die sofort Verzte und Krankenpfleger vom Roten Kreuz sandte. Das genügt jedoch nicht, um die Erbitterung der Bevölkerung zu mildern. Am 27. d. Mts. rotteten sich die Leute unter dem Rufe: „Tod dem Bürgermeister, wir wollen das Rathaus verbrennen“, zusammen.

Als zu diesem Zeitpunkt lagen der Präfektur von Cosenza Nachrichten vor, dann verbummte der Telegraph. Um 10 Uhr abends lief ein ungezeichnetes Telegramm ein mit folgendem Wortlaut: „Ich sterbe als Opfer meiner Pflicht. Empfehle meine Frau und meine Kinder.“ In der Folge hat man erfahren, daß das Telegramm von dem Telegraphenbeamten herrührte, der von der Menge getötet worden ist. Dann hat diese das Rathaus angezündet, den Stadtrichter getötet und auch das Telegraphenamt verbrannt. Ueber das Ende des Bürgermeisters ist zur Stunde nichts bekannt. Die einen sagen, er sei entflohen, die anderen, er hätte mit seiner Familie unter den Händen der verzweifeltsten Menge den Tod gefunden.

Nach dem Vorliegen eingehender Nachrichten wird Gelegenheit sein, auf diese furchtbare Episode zurückzukommen, aber schon heute darf man es nicht verschweigen, daß sich aus dem Wust der Unwissenheit und Gewalttat furchtbar und warnend das Bild der Notwendigkeit erhebt. Wer ist es denn, der die Bevölkerung von Calabrien in dieser furchtbaren Unwissenheit erhält? Sind es nicht die Westenden, die „civil“, die gleichzeitig den Erdboden und Kultur und Bildung als ihr Klassenmonopol mit Beschlag belegt haben und die Armen tierischer Unwissenheit überliefern? Und dieselbe herrschende Klasse, für die, wie in den meisten Orten Süditaliens, die Kommunalverwaltung nur ein Mittel war, um die Bevölkerung zu knechten und auszubeuten, hat in der Stunde, wo das Amt anfang gefährlich zu werden, feig und erbärmlich sich zurückgezogen, hat die Hilfe verweigert, hat die Cholera ungehen lassen, nachdem Fleud und Unwissenheit ihr den Weg gebahnt und Triumpfsporten errichtet hatten. In den Dingen liegt eine furchtbare Logik: eine Bevölkerung, die lesen kann, wird nie mit der Brandfackel den Kampf gegen die Cholera kämpfen, eine Bevölkerung, deren Interessen recht schaffen und weigernmäßig verwaltet werden, wird nie in dem Bürgermeister den Verbreiter einer Seuche sehen, wer das Stimmrecht hat, der braucht nicht der Fadel und der Sense, um sich Gehör zu verschaffen.

Die Tragödie des Wittwers.

In einem Anfälle von Verzweiflung, verursacht durch den Tod seiner Frau, ermordete in New York ein Mr. Edward Vennet, ein Engländer und früherer Student der Oxford Universität seine drei Kinder, einen Knaben im Alter von sechs Jahren und zwei Mädchen im Alter von vier und zwei Jahren und beging dann Selbstmord. Vennet hinterließ einen rührenden Brief an einen Pfarrer des Ortes, worin er ausführlich den Tod der Kinder schildert: „Ranchy und Eddy starben an Chloroformvergiftung. Ranchy hatte gar keine Schmerzen, und ich hoffe, Eddy hatte ebenfalls keine Schmerzen. Ich hatte Barbara Zyanall gegeben, ich befürchte, daß das Kind schwer gelitten, doch habe ich die Hoffnung, daß die Leiden und Schmerzen nur von kurzer Dauer waren. Auch ihr gab ich Chloroform, was, wie ich hoffe, ihre Leiden milderte. Vennet selbst nahm dann ebenfalls Zyanall und sprang in einen in der Nähe befindlichen See.“

Kleine Notizen.

Schwerer Grubenunfall. Auf der Zeche „Höllern II“ bei Dortmünd ereignete sich heute vormittag eine Dynamitexplosion, wobei zwei Bergleute lebensgefährlich verletzt wurden. Dem Schichtmeister Scheuermann tryperten zwei Dynamitpatronen, die er in der Hand trug. Der linke Arm wurde ihm abgerissen und das linke Bein so schwer verletzt, daß es amputiert werden mußte. Ferner erlitt ein Häuer schwere Brandwunden am Kopf und Arm, so daß man an seinem Auskommen zweifelt.

Fahnenkutsch eines Leutnants. Desertiert ist von dem in Landau (Pfalz) garnisonierenden Feldartillerie-Regiment der Leutnant Oskar Geier. Er hinterläßt zahlreiche Gläubiger. Du sollst nicht töten. Donnerstagsmorgen wurde in Jasterburg der Lehrer Otto Czwalina aus Enghagen, Kreis Stalupönen, der am 23. September 1910 seine Geliebte, ein Dienstmädchen, erschossen hat, durch den Scharfrichter Schwiay hingerichtet.

Bel Magenverstimmung Santa Lucia Kraft-Rotwein fl. 1.50 u. 2.00
Nachahmungen bitte zurückzuweisen
Käuflich in Apotheken, Drogerien
und Delikatessen-Geschäften

MANOLI Cigarettes
Beliebte Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

Jeder Herr
welder schön und billig sich kleiden will, empfehle
einige Paaten gebraucht, eben gerollter Herren - Anzüge, Paletots etc. für jede Figur passend. Die Sachen sind aus prima Halbeson angefertigt, teils von ersten Firmen, einzelne aus Abonnementhäusern stammend, früher bis 100 Mark, jetzt zu folgenden extra billigen Preisen:
Jackett-Anzüge . . . M. 8, 14, 18, 20 etc.
Herron-Paletots . . . 8, 12, 14
Rock-Modo-Anzüge . . . 12, 16, 18, 20
Gehrock-Anzüge . . . 18, 22, 26, 28
Herron-Hosen . . . 3, 4, 5, 7

Abt. II: Elegante neue Garderobe.
J. Wand
Haupt-Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, a. d. A. - dreisitz.
II. Geschäft: Chausseestr. 89
Verkaufsstelle für den Westen: Jägerstr. 11.
Vertilgung von eleg. Frack u. Gesellschafts-Anzügen.
Bitte genau die Hausnummer beachten.

Arbeiter-Radl-Verein Groß-Berlin.
Sonntag, den 3. September, fallen wegen der Demonstration die Touren aus. Nach den Versammlungen Treffpunkt Köpenick Schweizerhaus.
Die Welträtzel.
Gemeinverständl. Studien über monistische Philosophie.
Von **Ernst Häckel.**
Mit Nachträgen zur Begründung der monistischen Weltanschauung.
Preis 1 Mark.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68
Lindenstraße 69 (Laden).



Zur Vermeidung von Verwechslungen: Die Firma **H. Wertheim** unterhält in Berlin nur diese 3 Geschäfte

A. Wertheim

G. m. b. H.

Versand-Abteilung Berlin W. 66 Leipzigerstr. 132/37. Bei Briefen ist genaue Adresse erforderlich.



Rosenthaler Str. Leipziger Strasse 132-37 Oranien Strasse

Freitag und Sonnabend soweit vorhanden:

Preiswerte Lebensmittel

Zusendung ausgeschlossen

Fleischwaren

Landschinken	ca. 9-12 Pfund schwer	Pfund	1.15
Mausschinken	ca. 2 1/2-3 Pfund schwer	Pfund	1.15
Schinkenspeck	ca. 1 1/2 bis 4 Pfund schwer	Pfund	1.00
Westfäl. Knochenschinken	ca. 9-14 Pfund schwer	Pfund	1.65
Zerelat- u. Salamiwurst		Pfd.	1.20
Teewurst		Pfd.	1.10, Jagdwurst 85 Pfd.
Rotwurst		Pfund	45 u. 70 Pfd.
Feine Leberwurst		Pfund	95 Pfd.
Landleberwurst		Pfund	85 Pfd.
Fetter Speck	in Stücken von ca. 4 Pfd.	Pfd.	60 Pfd.
Magerer Speck	in Stücken von ca. 4 Pfd.	Pfd.	70 Pfd.
Kasseler Rippespeer			70 bis 85 Pfd.
Rehwild	Keule 4.00-6.00, Rücken 6.00-9.00, Blatt 1.50-2.50		
Rotwild	Keule 80, Rücken 75, Blatt 60, Ragout 20 Pfd.		

Graubirnen	Pfund	9 Pfd.
Malvasier-Birnen	Pfund	10 Pfd.
Napoleonsbirnen	Pfund	10 Pfd.
Tomaten	Pfd.	10, Pflaumen Pfd. 10 Pfd.
Grosse Kochäpfel	Pfund	10 Pfd.
Tiroler Tafeläpfel	Pfund	18 Pfd.
Italienische Melonen	Pfund	7 Pfd.
Mohrrüben	Pfd.	6 Pfd.
Weiss-, Wirsing- und Rotkohl	Kopf	7 Pfd.
Kartoffeln	10 Pfund	38 Pfd.

Geflügel

Brathühner	75 Pfd.	1.00, 1.50
Suppenhühner		1.35 bis 2.25
Junge Gänse	Pfund	48, 55, 70 Pfd.
Junge Enten	Stück	1.25, 1.50, 1.75

Nur Leipziger und Rosenthaler Strasse:

Schellfische	Pfund	8, 13 Pfd.
Kabeljau	in ganzen Fischen ohne Kopf	12 Pfd.
Seelachs	in ganzen Fischen ohne Kopf	6 Pfd.

Fische

Koch- und Backbutter	Pfund	1.20
Tischbutter	Pfund	1.30, feine 1.40
Bratenschmalz	Pfund	58 Pfd.
Schweizerkäse	Pfund	88 Pfd.
Tilsiter Käse	Pfund	58 Pfd.
Limburger Käse	Pfund	60 Pfd.
Romatour	Stück	30 Pfd.
Faust- und Spitzkäse	3 Stück	25 Pfd.

Räucherwaren

Geräuch. Aale	Pfund	90 Pfd. Bund 35 Pfd.
Bücklinge	3 Stück	10 Pfd. kleine Kiste 30 Pfd.
Ahlbeck. Flundern	2 St.	10, grosse 40 Pfd.
Kieler Flundern	Pfund	50 Pfd.
Geräucherte Dorsche	3 Stück	25 Pfd.

Lachs	in ganzen Fischen	Pfd.	38 Pfd.
Lebende Hechte		Pfund	1.10
Aale und Schleie	zu billigsten Preisen		

Frisches Fleisch

jetzt auch Oranienstr.

Schmorfleisch	Pfd.	90 Pfd. ohne Knochen 1.00
Roastbeef	Pfund	1.10, ohne Knochen 1.40
Rinderfilet	1.10, aus-geschält	1.40 bis 1.60
Rinderkamm u. Gehacktes	Pfd.	60 Pfd.
Rinderbrust und Gulasch	Pfd.	70 Pfd.
Schweinekamm u. Schuft	70, 75 Pfd.	
Schweineschulter	ca. 4 Pfd. schwer	Pfd. 65 Pfd.
Kotelettes-Stücke	Pfund	90 Pfd.
Rückenfett	5 Pfund	3.00
Pökelkamm	Pfd.	70 Pfd.
Kalbskeule u. Rücken	85, 95 Pfd.	
Hammelkeule	Pfund	75, geteilt 80 Pfd.
Hammelrücken	Pfd.	70, geteilt 75 Pfd.
Hammelkotelettes	Stück	15 Pfd.
Hammel dicke Rippe	Pfd.	70 Pfd.
Hammeldünnung	Pfd.	55 Pfd.

Großer Wäsche-Verkauf

Günstige Kauf-gelegenheit!

Reparaturen. Spez.: Un-erlässlich saubere Renur für Schaler. Tonberbe-ferung, auf Wunsch auch solche, die dem alt-italienischen Tone täuschend ähnlich ist. Wesent-liche Vorteile und eventuelle Ratengzahlung für Vorwärts-abonnenten. Ungewöhnlich ebene Anerkennungen.

Smil Toussaint.
Werkstätte für Kunstgeigenbau in Berlin C., Kochstr. 11c.

Officiere in nur früher, schöner Ware: Nur ein Preis!

Fette Gänse 0,68
7-12 Pfund schwer. 112/2*
Nur allererste Qualität
Gänserümpfe, halbe Gänse.
Fette Suppenhühner, 1/2 Brathühner.
F. Wegner, 30. Mariannenstr. 34.

Roh-Tabak
billigste Preise. 51462*
Max Jacoby,
Strelitzer Straße 52.

Prüfungsur! auf der Lippe
Kownoer aus den Tabak-Fabriken
J. Goldfarb Preuss. Stargard.
gegründet 1839.
Tabac russe à priser, goût de Kowno.
Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

Wanderer! Touristen!
Wir empfehlen:
Straube-Karten der Umgegend v. Berlin
88 Cat.-Weil. u. Berlin 1 : 130 000 0,50 u. 1.- Pfd.
182 " " " " 1 : 130 000 1.- u. 1.50 Pfd.
500 " " " " 1 : 300 000 1.- u. 1.50 Pfd.

Straube-Spezialkarten
von 240/5*
Bernau-Biesenthal, Buckow, Eberswalde-Chorin, Freien-walde u. Umg., Müritz-See, Oberspre, Oranienburg u. Umg., Potsdam, Rheinsberg, Rüdersdorf, Spandau-Tegel, Spreewald, Strausberg-Blumental u. a.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.
= Unerreichte = Leistungsfähigkeit. **Alein-Verkauf.**
Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte, stark. Ganzschwere Leder-Pilot-Taschen. Große Plüken umsonst. Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**

No. 61 La Maloja
eine vorzügliche **63 Cigarre**

No. 57 Maloja operas 5 Pfd.
No. 61 Maloja camellias 6 Pfd.
No. 91 Maloja bouquets 7 Pfd.
No. 24 Maloja eminentes 8 Pfd.
No. 163 Mal. aromaticos 10 Pfd.

J. Neumann Cigarren-Fabriken
Ueber 200 Niederlagen in Deutschland!
Neu eingeführt!
Fehlfarben-Sortimente
Jeder Beutel enthält eine Mischung besonders preiswerter Fehlfarben.
Fehlfarben-Sortiment **Fortuna** 10 Stück 60 Pfd.
Fehlfarben-Sortiment **Hansa** 10 Stück 75 Pfd.
Fehlfarben-Sortiment **Excelsior** 10 Stück 1.00 M.

Tadellos 1 M.
wöchentliche Teilzahlung liefert elegante
Herren-Moden
fertig und nach Mass
Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung.
J. Kurzberg Maß-Schneiderel
Rosenthaler Str. 40-41 | Frankfurter Allee 104
am Hackeschen Markt. | Ecke Friedenstrasse.

Straubes Märkisches Wanderbuch
(Ausflüge in die Mark Brandenburg) 76 Karten. 4 Teile je 1.- Pfd.
Buchhandlung Vorwärts
SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.
BAER SOHN
Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 29-30 - Brückenstr. 20
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 18.
Haupt-Katalog gratis und franko.

Verlangen Sie überall!
Gidon-Cigaretten 2 Pfd. | Spezialm. der Anti-Trust-Gesellsch. Berlin C. 25
Sparta-Klub „ 3 Pfd.

Aus Industrie und Handel.

Gaiffe am Getreidemarkt.

Die Gaiffespekulanten trieben am Donnerstag an der Börse unter teilweise stürmischer Bewegung die Roggenpreise um 4-5 M. hinauf.

In der Mittagsbörse notierte Oktober-Weizen 200 1/4-210 1/4, Oktober-Roggen 184-186 1/4, Hafer 182 1/2-183, Weizenmehl 00 20-29, Roggenmehl 0 und I 22,00-24,00.

Wenn das so weiter geht, steuern wir tatsächlich ausgewachsenen Notzuständen entgegen.

Gute Konjunktur.

Der Stahlwerksverband macht über die Geschäftslage folgende Mitteilung:

In Halbzeug verlief das Inlandgeschäft weiterhin zufriedenstellend und der Absatz hält sich infolge guter Beschäftigung der Verbraucher in dem früheren Umfange.

Vierteiljahr zu den früheren Preisen und Bedingungen wurde heute beschlossen. Das Auslandsgeftäft verlief in den meisten Ländern befriedigend, und der Eingang von Spezifikationen war recht reger.

Die Metallindustriellen sind nun aber auf dem besten Wege, das Geschäft zu stören. Durch fortgesetzte Provokationen treiben sie die Arbeiter erst in Streiks hinein und dann verführen die Herren Auslieferungsgelüste.

Starke Steigen der Fleischpreise.

Wie es mit der Behauptung aussieht, „zurzeit“ seien die Fleischpreise wegen des infolge Futtermangels stärkeren Viehaustritts gesunken, das erfieht man aus der neuesten Fleischpreislafistik.

Table with 3 columns: August 1911, Juli 1911, August 1909. Rows include Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch, and Hühnerfleisch.

Abgesehen von Schweinefleisch ist also selbst in 1911 noch ein weiteres Steigen der Fleischpreise eingetreten, sogar noch im August, nachdem angeblich viele Landwirte ihr Vieh dem Schlächter überliefern lassen, um es vor Verhungern zu schützen.

Musikinstrumentenindustrie. Nach dem Jahresbericht der Blauer Handelkammer war die Fabrikation von Schlag-, Klavier-, Mandolin-, Gitar- und Pedalclavieren eine sehr florante im letzten Berichtsjahr.

neufährner und Gradiger Exporteure, war gut beschäftigt. Die Eigenfabrikation war im großen und ganzen zufriedenstellend. Wieder gedrückter Preise wegen geringes Gewinnergebnis.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Frauenkonferenz.

Wie die vorhergegangenen Tagungen der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wird auch die nächste Frauenkonferenz eine Reihe wichtiger und fruchtbarer Arbeiten zu erledigen haben.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter

Otto Koch

Kaufstr. 14 verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Rixdorfer Weg, aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Nachruf!

Otto Rohde

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Berlin. Am 26. August verstarb unser Mitglied

Ernst Nicolai

(Wegstr. Norden 1). Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. September, vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des südlichen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin. Am Sonntag, den 27. August, verstarb infolge Unfalls unser Mitglied, der Tapezierer

Max Fischer.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem neuen Kreuz-Friedhof in Mariendorf statt. Um rege Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

Allen Kollegen, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Dienstag, den 29. August, mein lieber Mann, unser guter Vater, der Vortelwaller

Hermann Teut

im Alter von 88 Jahren nach langem schweren Krankenlager launf entschlafen ist. Dies zeigen tiefbetrubt an Frau Charlotte Teut nebst Tochter. Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes Otto Rohde sage allen Freunden und Bekannten, der Firma R. H. G. und den Kollegen der Montage und Kontrolle meinen herzlichsten Dank. Witwe B. Herrmann nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes Otto Rohde sage allen Freunden und Bekannten, der Firma R. H. G. und den Kollegen der Montage und Kontrolle meinen herzlichsten Dank. Anna Rohde.

Blumen- und Kranzbinderer von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.



Gartenstadt Falkenhagen-West

Direkt am Bahnhof Seegarten Fahrzeit ab Lehnitz Hauptbahnhof 30 Min. ab Charlottenburg Bahnhof Jungfernheide, 70 Min. reizende landschaftliche Lage...

Zur Einsegnung Schwarze Anzüge, Blaue Anzüge, Prüfungs-Anzüge. Includes an illustration of a man in a suit.

BaerSohn Kleider-Werke. Sehr preiswert. Oberhemden, Kragen, Manschetten, Serviteurs, Hüte, Krawatten, Hosenträger, Handschuhe usw. Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst.

Quittung der Sammlungen der Berliner Holzarbeiter zur Unterstützung des Streiks der Holzarbeiter Hamburgs... Liste of names and amounts.

Hygienische Bedarfsartikel Drogerie Zarella, Weinbergsweg 1, dir. a. Rolandhale Tor, Billigste Bezugsquelle! Verkauf f. zur dauernden Kundenschaft

Oeffentliche politische

Volks-Versammlung

unter freiem Himmel

im Treptower Park

am Sonntag, den 3. September, 1 Uhr mittags.

Tages-Ordnung:

Gegen die Kriegshetze! Für den Völkerfrieden!

Referenten: Die Genossen **Bauer, Ed. Bernstein, Büchner, Bühler, Düwell, Richard Fischer, Groger, P. Hirsch, Ledebour, Liebknecht, Molkenbuhr, Poetzsch, Dr. Rosenfeld, Hehr. Schulz, Siering, Silberschmidt, Stadthagen, Ströbel, Dr. Weyl, Wurm.**

Erscheint in Massen, Ihr Frauen und Männer des Volkes!

Der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

I. A.: Eugen Ernst, Liesenstr. 16.

Allgemeiner Deutscher Metallarbeiter-Verband

Bureau: Sinnenstr. 68, I. Verein Berlin und Umgegend. Bureau: Sinnenstr. 68, I.

Die Generalversammlung findet wegen der Demonstration für den Völkerfrieden nicht am Sonntag, den 3. September, sondern erst am

Montag, den 4. September 1911,

abends 8 Uhr, in den **Sophien-Sälen, Sophienstr. 17-18, statt.**

Es ist Ehrenpflicht jedes Verbandskollegen, teilzunehmen an der von der sozialdemokratischen Partei am Sonntag, den 3. September, mittags 1 Uhr im Treptower Park veranstalteten Demonstrationen.

Unsere Mitglieder mit ihren Familienangehörigen versammeln sich rechtzeitig in unseren Verbandszählstellen und marschieren unter Leitung der Vertrauensleute und sonstigen Verbandsfunktionäre so rechtzeitig nach Treptow, daß sie dort spätestens um 12 1/2 Uhr eintreffen. In Treptow schließt sich jeder seinem zuständigen Wahlkreis an und hat sich dort den von der Partei gestellten Ordnen zu fügen.

Da es gilt, der herrschenden Klasse zu zeigen, daß die Arbeiterschaft einmütig jeden Krieg verurteilt, so darf kein Mitglied unseres Verbandes am Sonntag in Treptow fehlen.

Kollegen und Kolleginnen! Zeigt am Sonntag durch eiserne Disziplin und vollzähliges Erscheinen, daß die gesamte Arbeiterschaft die gewissenlose Kriegsbegehr einer kleinen aber bis jetzt noch einflussreichen Kapitalistengruppe auf das entschiedenste verurteilt. Erhebt stammenden Protest gegen die geplante Waffenabschlachtung des deutschen Volkes, welche nur zu dem Zweck inszeniert wird, um die Taschen einiger Kanonen- und Panzerplattenfabrikanten zu bereichern. Auf nach Treptow! Keiner darf fehlen!

Der Vereinsvorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.
Ortsgruppe Berlin.
Sämtliche Touren
zum Sonntag, den 3. September fallen aus.
Nach der Versammlung Treffpunkt bei **Wilke, Sebastianstr. 89.**

2. Bezirk.
Sämtliche Vereine Start vor-mittags 11 Uhr in Treptow, Gast-
Restaurant "C. Ludwig, Am Trept-
tower Park 25/26. — Nachmittags
2 1/2 Uhr zum Bezirksfest in Köpen-
icker Park, Altes Schützenhaus.
Start wie oben.
Die Unterbezirkstour im 3. Unter-
bezirk: Gensig-Borsdorf findet
nicht statt.
Die Bezirksleitung.

Eigene Fabrikation
im Hause!



Gemeinsame Ortskrankenkasse für Adlershof u. Umgegend
Zu einer **Außerordl. Generalversammlung**
am Freitag, den 3. September 1911,
abends 7 Uhr, im Restaurant Eschner
Nachstr. zu Adlershof am Bahnhof,
laden wir hiermit die Vertreter der
Arbeitnehmer u. der Arbeitgeber ein.
Tages-Ordnung:
Beschlusfassung über die vom
Bezirksausschuß zu Potsdam bean-
tragten Punkte des eingereichten
10. Statutenentwurfes, dem 11. Be-
schluß vom 2. August 1911 die Ge-
nehmigung verlagst ist.
Adlershof, den 30. August 1911.
Der Vorstand.
Max Ruppel, Vorsitzender.

Reste
Rustekleidung, Herbst-Neuheiten für
Anzüge, Kostüme, Röcke 3, 4 Mark.
Zuchlager-Gesellschaft m. b. H.
bis 10 Uhr
Gertraudenstr. 20-21, b. Petriskirche

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Sie sparen Geld! Wenn Sie
Möbel direkt zu Engrospreisen
in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 5157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur
eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Von der Kasse zurück
Frauenarzt Dr. A. Pinkuß
2 Kleiststr. 2. 121/13

Wahlverein für den 2. Berl. Reichstagswahlkreis
Sonntag, den 3. September, in der
Berliner Bockbrauerei, Tempelhof. Berg:
Sommer-Fest.
Konzert, Gesang, Turnerische Aufführungen,
" " Kinematograph und Kinderspiele " "
Großer Ball (Herrn zahlen 50 Pfennig nach).
Fackelzug (jedes Kind erh. 1 Bon z. Stocklaterno gratis).
Die Kaffeeküche ist von 2-5 Uhr geöffnet.
Mitwirkende: Berliner Sinfonie-Orchester. (Kapell-
meister Maximilian Fischer). — Gesangverein Kreuz-
berger Harmonie, Mitgl. d. D. A.-S.-B. (Chormeister
Botho Frank) u. Mitglieder d. Arbeiter-Turnerbundes.
Billette im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf.
Billette sind in den mit Plakaten belegten Handlungen
und bei den Abteilungs- und Bezirksführern zu haben.
Anfang 4 Uhr. Programm an der Kasse gratis.
211/8* Der Vorstand.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter
und verwandter Berufsgenossen
Zahlstelle Berlin.
Geschäftsstelle: C. 54, Wuladstr. 10 L. Fernsprecher: Amt 8, 4518
Sonntag, den 3. September, vormittags 10 Uhr:
Versammlung der Mühlenarbeiter
im Gewerkschaftshaus, Engelsfer 15, Saal 1.
Tages-Ordnung:

Die Antwort des Arbeitgeber-Verbandes der Mühlen-
industrie auf unseren eingereichten Tarifvertrag.
Beschlusfassung.
Kollegen! Es ist die dringendste Pflicht aller Mühlen-
arbeiter, in dieser Versammlung zu erscheinen, da in dieser
Versammlung Beschlüsse gefaßt werden sollen, die entscheidend
für die ganze Lohnbewegung sind. Kollegen! Bringt die
Unorganisierten mit. — Die Besuchszahl jedes einzelnen Be-
triebes wird festgestellt.
Die Ortsverwaltung.
NB. Um den Kollegen den pünktlichen Besuch der De-
monstrations-Versammlungen zu ermöglichen, wird die Ver-
sammlung präzise eröffnet und rechtzeitig geschlossen. D. D.

Möbelfabrik
Julius Apelt, Tischler-Meister
6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof
Kottbuser Tor
Komplette Wohnungs-Einrichtungen
Moderne Musterzimmer " von den einfachsten " stehen zur Ansicht
bis zu den elegantesten
zu soliden Preisen in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. — Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.



Unsere 3 Schlager

ges. gesch.

erregen durch Preiswürdigkeit und Eleganz

berechtigtes Aufsehen.

Ein einmaliger Kauf macht Sie zum ständigen Kunden.

„Schuh-Sport“

Flaum

Neu eröffnet:

Oranienstr. 51

Filiale im Osten Andreasstraße 48.

MARKE
PROPAGO 6 ⁷⁵/₌
Elegant, leicht!

MARKE
SALAMBO 8 ⁷⁵/₌
Vornehm

MARKE
SALAMBO LUXUS 10 ⁷⁵/₌
Vornehm

Theater und Vergnügungen

Freitag, 1. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.

A. Oberhaus. Der Evangelmann.
S. Schauspielhaus. Die Stützen der Gesellschaft.
Deutsches. Ein Sommernachts Traum.
Berliner Theater. Die junge Garde.

Anfang 8 Uhr.
Leffing. Hedda Gabler.
Berliner. Bummelstudenten.
Kleines. Der Leibgardist.
Neues Schauspielhaus. Eine Million.

Romische Oper. Die teuflische Zuspinnung.
Westen. Die geschiedene Frau.
Neues. Die Frau Grell.
Zbaita. Polnische Wirtin.
Schiller. O. Nathan der Weise.
W. u. G. Carioleburg. Der Probefandball.

Mexico. Dochelt amüsiert sich!
Boigt. Arcadia.
Herrnfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Rasino. Der selige Huldshinsky.
W. u. G. Spezialitäten.
W. u. G. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Königsstadt-Rasino. Spezialitäten.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Aufführhaus. Die goldene Schöpfung.
W. u. G. Staatsanwalt Alexander.
Goldschneider. Die Herrlinger von Dirnbach.
Trianon. Ihr Alibi.
W. u. G. Das Wintermärchen.
W. u. G. Das Lebens Possenspiel.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Sommerspiele. Gawan.
Neues Theater. Der Graf von Luxemburg.
Antimes. Pariser Ehen.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Helgoland im Wechsel der Zeit.
Sternwarte. Jussallbenstr. 57-62.
Kaiser-Panorama. Neu: Besuch von Konstantinopel. Reisebrand in Istanbul. Letzte Woche: Sächliche Schweiz.

Schiller-Theater O. Schiller Theater.
Freitag, abends 8 Uhr
Nathan der Weise.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Bund der Jugend.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Bund der Jugend.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr
Der Probekandidat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Revolutionshochzeit.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Probekandidat.

Neues Theater.
8 Uhr Schauspiel Hansi Nisso:
Die Frau Grell.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Täglich: Bummelstudenten.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:

Die geschiedene Frau.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Sonnabend, 2. Sept., abends 7 1/2 Uhr:
Eröffnungsvorstellung.
Sigfried, der Cherusker.
Dramatische Dichtung von Blüchardt.
Sonnt. 8 Uhr: Sigfried, der Cherusker.
Montag 8 Uhr: Judith.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Sommerpreise

Die Dame von Maxim.
Schwank in 3 Akten von Georges Feydeau. Deutsch v. Benno Jacobson.

Belle-Alliance-Theater.
(fr. Volkoper) Belle-Alliancestr. 7/8.
Novität! **Premiere.** Novität!
Des Lebens Possenspiel.
Schauspiel in 4 Akten v. Kurt Richter.
Freitag, 1. September ab 8 1/2 Uhr.

Quijen-Theater.
Heute: Eröffnung der Winterfaison.
Das Wintermärchen.
Sonnabend: Das Wintermärchen.

ROSE-THEATER
Große Trausstr. Nr. 132.
Staatsanwalt Alexander.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Kassonaukt.
Auf der Garrenbühne:
Es gibt nur ein Berlin.
Große Neuau.

Metropol-Theater.
Zum 126. Male:
Hohheit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von S. Freund.
Musik von Rudolf Kellon.
An Szene geleitet vom Dir. H. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Ranken gekattet.

Apollo Theater
8 Uhr:
Vollständig neues Programm.
10 Novitäten und Attraktionen u. a.
Die G'schauige.
Ein Dialog nach dem bekannten Bild von J. v. Kessel.
berichtet von H. Heibhardt.

Moabiter Wintergarten Artus-Hof
Perleberger Str. 26, Stendaler Str. 18
Direktion: Karl Pirnau.
6 Radrennen
auf der Bühne.
Clown Jansly
mit seiner Tierfamilie.
M. Wiegmanns
beste Seiltänzer der Welt.
Theater - Spezialitäten.

CLOU
Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82 X Zimmerstraße 90/91.
Nur noch 3 Tage! Gastspiel der Kapelle der 1. Matrosendivision a. Kiel.
Dirigent: Kaiserlicher Obermusikmeister G. Stolle.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachm. 4-7: Gr. Promadenkonzert bei freiem Eintritt.

LUNA-PARK.
Sensationelle Attraktionen.
Kairo, Johnstons Untergang, Ben Ali Bey i. Theateraal, Gebirgsbahn, Wasserrutschbahn.
Eintrittspreis 50 Pf. - Saisonkarten M. 3.-
Morgen, Sonnabend
Elitetag. Prunkillumination d. Parks
Im Kairodorf: Heimkehr der heiligen Pilger aus Mekka u. deren festliche Begrüßung
Konzert d. Erkschen Männer-Gesangvereins.
4 Kapellen. Sonnt.: Arabische Hochzeit im Kairodorf.

SPORTPALAST
Potsdamer Str. 72
Heute Eröffnung
Hurrh! Parade! Sport-Attraktionen
Große militärische Revue in 6 Bildern
ca. 200 Mitwirkende.
Eintritt am Eröffnungsabend auf allen Plätzen 2 Mark
Einladungen berechtigen zum freien Eintritt.
Größter Eispalast der Welt

Herrnfeld Theater
Jubiläums-Sollon 20-jährig Direktion Anton und Donat Herrnfeld.
Seit 20 Jahren der größte Erfolg die Novitäten
Das Kind der Firma
Verwandlungskomödie in 2 Akten mit den Autoren
A. Herrnfeld u. Tobias Tschoppner.
Donat Herrnfeld als Philipp Katzenfell.
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Vorverk. 11-2 Uhr (Theaterkasse).
Prachtvoller Sommergarten.
Lustige Vergöle.
Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ihr Alibi.

Max Kilems Sommer-Theater
Rudolf Kröger, Golenheide 19-15.
Täglich: Christliche Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Karl Braun
der Original-Verwandlungskünstler.
Donnerstag: Elitetag.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Maysel, Britton, Seidel, Horst, Schröder, Schubert
Grünig A. u. R. Schröder.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Helgoland im Wechsel der Zeit.

ZOO-GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppelkonzert.
Eintritt 1 Mark
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet v. 10 Uhr vorm.
In der heißen Jahreszeit
angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich:
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen.
Neu: Push-Ball-Spiel
Zahlreiche
Kunstausproduktionen.
Exquisite Restauration
bis 1 Uhr nachts.
Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr
abds.: halbes Kassonpreise.

Volks-Theater.
Rigborf, Hermannstr. 20.
Sonntag, 3. 9.: Ruch-Voch. Gelangspöse in 3 Akten (5 Bildern) von Wilken. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, 4. 9.: Stein unter Steinen. Schauspiel in 4 Akten von Sudermann. Anfang 8 1/2 Uhr.
Casino-Theater
Leibnizstr. 37. Täglich 8 Uhr
Allabendlich der neue
Berliner Vossen-Schlager
Der selige Huldshinsky.
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: Halb u. Lieb.

Königsstadt-Kasino.
Polzmarktstr. 72, Otto-Alexanderstr.
Täglich:
Der Pariser Taugenschütz.
Lustspiel in 3 Akten.
Außerdem erlassige Spezialitäten.
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag
Tanzkränchen.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 6 Uhr.

Passage-Theater.
Heute
Premiere!
Anfang 8 Uhr.
Marietta Oilly
(Kleines Theater)
Guido Herzfeld
(Deutsches Theater)
in ihrem Sketch
„In einer Nacht!“
Soma Balogh
d. Sänger m. d. doppelk. Kehle
und das große
Varieté-Programm.

PASSAGE :: ANOPTIKUM
Das größte Schauabblissement des Kontinents.
Lebendiger der Mann mit der
eisernen Zunge.
Ein Fakir ohne Nerven.
AGA die schwebende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

Noacks Theater.
Direktion: Robert Oll.
Berlin N., Brunnenstraße 12.
Heute: Geschlossen.
Sonnabend, den 2. September 1911
Eröffnung d. Winterspielzeit
Zum ersten Male:
Bete und arbeite.

Voigt-Theater
Gejundbrunnen, Badstraße 68.
Zum letzten Male:
Preziosa.
Abzt. neue erstklass. Spezialitäten.
Auffenöffnung 2, Anfang 4 1/2 Uhr.
Sonnabend, 2. September: Benefiz f. d. Schauspielpersonal: In Freund und Leid.

Volksgarten-Theater
Freitag, den 1. September 1911:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Die Rose von Japan.
Heute: Neue Spezialitäten.

Folies Caprice.
Heute, Freitag, den 1. September:
Premiere
Die Meisterringer v. Dirnbach
Bühnenstücke von Burghardt und Seger.
Bunter Solo-Teil.
Nr. 14.
Schwanz von Ludwig Ditschfeld.
Für den Inhalt der Zwierte abernimm die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Hente, Freitag, Flugblattverbreitung. 7 Uhr abends beginnend:

Sonntag: Massenkundgebung. Niemand fehle.

Partei-Angelegenheiten.

Treffpunkte der Vororte zur Friedendemonstration. Zu der am Sonntag im Treptower Park stattfindenden Demonstration treffen sich die Genossen der nachstehenden Orte wie folgt:

Steglitz. Sammelpunkt auf dem hinteren Teil des Bahnhofperrons der Wanneseebahn. Abfahrt 11,10 Uhr. Umsteigen in Schönberg nach Treptow.

Ober-Schöneweide. 11 1/2 Uhr im Garten des Wilhelminenhof. Von da 11 3/4 Uhr gemeinsamer Abmarsch.

Groß-Lichterfelde. Für den Osten um 9 Uhr in Kaiserhof; für den Westen zur selben Zeit bei Wahrensdorf, Völkstr. 22.

Alt-Glinde. 11 1/2 Uhr im Terrassen-Restaurant. Abfahrt 12,04 von Adlershof nach Baumhulsenweg.

Köpenick-Rummelsburg. 11 Uhr in den Bahnhöfen. Die für Dienstag festgesetzte Versammlung fällt umständehalber aus.

Weißensee. 10 Uhr in den Bahnhöfen. Der Zug setzt sich Punkt 11 Uhr in der Streustraße am Peulertischen Lokal in Bewegung.

Zehlendorf (Wanneseebahn). 1/2 11 Uhr bei Schulz, Teltower Straße. Abfahrt 11 Uhr vom Hauptbahnhof.

Charlottenburg. Die Parteigenossen werden ersucht, sich pünktlich um 7 Uhr zur Flugblattverbreitung einzufinden. Um 9 Uhr findet in sämtlichen Bezirken ein Extrazug statt. Die Flugblattverbreiter werden ersucht, hierzu gleichzeitig einzuladen. Der Vorstand.

Tempelhof. Infolge der heute abend stattfindenden Flugblattverbreitung fällt die für Sonntag vorgesehene aus.

Nieder-Schöneweide. Die Bibliothek des Wahlvereins befindet sich im Lokal des Genossen Joch, Hasselwerder, Ede Fennstraße. Vier tagt geht auch der 2. Bezirk.

Waldmannslust und Umgegend. Zur Demonstration am Sonntag erlauben wir ausnahmslos den früh 10 Uhr ab Wittenwerder, 11 Uhr ab Hohen-Neuendorf, 11 Uhr ab Stolpe, 11 Uhr ab Frohnau, 11 Uhr ab Sternsdorf, 11 Uhr ab Waldmannslust fahrenden Zug zu benutzen. Die Rückfahrt erfolgt mit dem Zuge nachmittags 2 Uhr ab Gesundbrunnen bis Hohen-Neuendorf. Von hier Abmarsch nach Bergfelde zur Teilnahme an der am gleichen Tage dort stattfindenden Versammlung unter freiem Himmel auf dem Grundstück des Genossen Pawlowski, Straße 16, Parzelle 684 (hinter dem Dorfe). Tagesordnung: Vortrag des Genossen Emil Unger über: „Weltpolitik und Kriegsgefahr“. 2. Freie Aussprache. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-Ost. Die Flugblattverbreitung findet von den Bahnhöfen aus statt, die des neugebildeten 8a Bezirks von Franz Grafmann, Marktstr. 14.

Berliner Nachrichten.

Im Treptower Park.

Als der im Jahre 1877 zu früh verschiedene Garten- direktor Gustav Meyer sein Lebenswerk mit der Schaffung des Treptower Parks krönen sollte, sah er sich vor einer dankbaren Aufgabe. Die günstigste Vorbedingung, reichlich Land und Wasser in schönster Vereinigung, war erfüllt. Die Natur selbst hatte vorgebaut und bot der Gestaltungskraft des genialen Gartenkünstlers warm die Hand. So konnte Gustav Meyer mit großzügigen Entwürfen hervortreten, die ein Gegenstück eigentlich nur im Berliner Tiergarten fanden und seitdem wohl kaum übertroffen worden sind. Auch der Friedrickshain, der Humboldthain, der Viktoriapark und der werdende Schillerpark, mögen diese Anlagen in ihrer Eigenart noch so hervorragend sein, reichen an die Geschlossenheit und den machtvollen Zauber des Treptower Parks nicht heran. Was ihm ein so gediegenes Relief verleiht, ist vor allem die überaus glückliche Verbindung des Waldcharakters mit dem Parkbegriff. Man sieht das auf den ersten Blick schon an der großen Spielwiese zwischen Treptower Chaussee und Köpenicker Landstraße. Wie von einer Laune der Natur geformt, scheinen zahlreiche große Baumgruppen scharf in den smaragdnen Teppich hineinzuschneiden, und doch hat hier der Firkel des Künstlers in gewollter Berechnung seine Kreise und Winkel gezogen. Dieses Prinzip, Kunst und Gefühnsteles streng auseinanderzuhalten, nur auf dem Papier und nicht auch im Wilde abzugreifen, tritt noch an vielen anderen Parkstellen ganz augenfällig in Erscheinung. Man merkt sofort den großen Unterschied an dem ovalen Rondell gleich hinter der großen Spielwiese. Hier ist alles fein pointierte Gartenbaukunst, symmetrisch abgemessen. Und doch wirkt die mit Rasen verteilte Symmetrie nicht im mindesten pedantisch, weil die breiten Wege rings um die Rasenlispse, die anschließenden, mit kugelförmigen Buchsbäumen besetzten hohen Böschungen und auf der Höhe ein zweiter breiter Ring mit Hunderten von Platanen ein in sich geschlossenes wunderbares Ganzes bilden. Sicher nicht ohne Absicht hat der Künstler beide so grundverschiedene Systeme dicht aneinander gereiht. Das eine wird durch das andere in glücklichster Form ergänzt, und die leichte Einschnürung zwischen den beiden großen Rasenflächen vermittelt mit genialem Geschick den Uebergang und den Blick in die Ferne, aus der in scharfen Silhouetten die schlanken Türme Berlins empvorragen. Ein besserer Platz für das „von Freunden und Verehrern“ dem heimgegangenen Gartenkünstler hier beim Oval gewidmete Denkmal in Gestalt seiner Marmorbüste auf hohem Granitsockel konnte gewiß nicht gewählt werden. Nicht dahinter feiert die weitsehende Kunst Gustav Meyers noch einmal ihren Triumph in dem berühmten Treptower Sarpentisch. Nichts Besseres findet man im Tiergarten. Abermals zeigt sich das Genie im vollen Glanze seiner Spezialität, das Auge mit dem Firkel zu täuschen. Was die Kunst schuf, ist der Natur abgelauft. In kühnem Bidsch, mit scharfen Einrisen und versteckten Buchten, scheint das nasse Element selbst seine Grenzlinien gezogen zu haben.

Tief hängen Erden und Weiden über das Wasser herab, tauchen ihre grünen Spitzen durstig in die Flut. Und die weißen Niesenvögel, so zahm, daß sie aus der Hand allerlei verbotene Lederbissen nehmen, weden fast den Wunsch, daß der Reich der Sarpfen, die man niemals sieht, den romantischen Namen Schwannensee führte. Vier, fünf Bruthäuschen mitten im Teich vervollständigen das Idyll. Leider lassen verwilderte Günde, die hier die Nacht umherstreifen, selten oder nie das Brutgeschäft reifen. Seit drei Jahren birgt das Wasser dicht am Ufer eine etwas empfindliche Sandsteingruppe, den Nix, der sich schilfumwoben und wassertriefend neugierig über die nackte Gestalt einer Ertrunkenen beugt. Gegenüber winkt als letztes Andenken der ehemaligen Berliner Gewerbeausstellung auf dem Parkgelände ein in den Formen prachtvoller Blumenpavillon aus Zinkblech, an dem unnütze Hände fortgesetzt ihr rücksichtsloses Zerstörungswerk üben. Ein glücklicher Gedanke war es, dem Sarpfenteich einen architektonischen Hintergrund zu geben durch den Bau der verpackten städtischen Erfrischungshalle, die vom 1. Mai bis 15. September geöffnet ist und sich stolz auch Brunnenkuranstalt für sämtliche natürliche Mineralbrunnen nennt. Hier sieht es sich ohne den Pomp des vornehmen Tiergartenrestaurants ebenso gemütlich in der täglichen Trinkszeit von 6 bis 10 Uhr früh wie des Abends bei Mondenschein, Laternenstimmer und Frostmusik. Bis am Mittelfeld des gefälligen Baues die Uhr, die nirgends sonst in unseren Parkanlagen zu finden ist, sanft mahnt, dem Parkidyll gute Nacht zu sagen. Ideal geradezu sind unbekanntlich die Spielgelegenheiten im Treptower Park. Nicht weniger als sieben große und kleine Spielplätze, die zur Schonung des grünen Rasens nur abwechselnd benutzt werden dürfen, werden auch höchsten Ansprüchen gerecht. Im Fluge eilen wir beim Austritt aus der östlichen Parkhälfte vorüber an dem Prachtbau des Treptower Rathauses, das mit seinem reizenden Garten fast dem Brunst eines Geldproten gleicht, vorüber auch an den Ausläufern des Märtenwaldes, an den sich modern aufstrebenden altberühmten Treptower Lokalen und der Sternwarte nach der Wasserseite, wo des Gartenkünstlers Meisterhand einen Stützpunkt fand am Walten der Natur. Mit richtigem Empfinden hat hier Gustav Meyer sich in kleinsten Effektmitteln groß gezeigt, um die durch sich selbst und ihr ewig quirlendes Leben wirkende Spreelzenerie mit dem Stralauer Panorama nicht zu beeinträchtigen.

Am Sonntag hat der Treptower Park wieder mal seinen großen Tag. Die Arbeiterschaft, gewöhnt an Disziplin, wird von neuem beweisen, daß sie im Kampf um Menschenrechte auch unter Hunderttausenden dröhnender Tritte die Liebe zur Natur und die Sorge für den Schutz dessen, was die Natur ihr bietet, nicht vergißt.

Die Schuldeputation genehmigte in ihrer letzten Sitzung u. a. die Vorentwürfe für die Gemeindegemeinschaften in der Finnländischen, Malplaquet- und Schönfelder Straße, für die einfache Schule in der Gothenburger Straße, und ferner die speziellen Entwürfe für die Doppelschulen in der Dfener-, Lütticher und Dunderstraße. Bei den Doppelschulen in der Finnländischen, Dfener- und Lütticher Straße sollen Schulfächer eingerichtet werden, in denen Schülerinnen der ersten Klasse hauswirtschaftliche Unterweisung erhalten.

Die öffentlich aufgelegte Gemeindegewählerliste in Berlin haben 77 785 Personen eingesehen. Diese Zahl ist noch nicht übertraffen worden. 1905 waren es rund 21 000 Personen, 1907 56 000 und 1909 72 000 Personen. Die Steigerung ist also ganz erheblich. Einsprüche gegen die Richtigkeit erhoben wurden von 3670 Personen, und zwar von 3201 auf Nachtragung, von 94 auf Umtragung und von 376 auf Aenderung. Diesen letzteren Anträgen, bei denen es sich um Aenderung einzelner Eintragungen, wie des Standes, Vor- und Zunamens und dergleichen handelt, ist gleich entsprochen worden, ebenso den Anträgen auf Umtragung. Die übrigen Einsprüche müssen nun von der Stadtverordnetenversammlung geprüft werden. Die Prüfung dieser 3000 Einsprüche wird keine geringe Arbeit verursachen.

Fast 900 Feueralarme haben die Wachen von Groß-Berlin in diesem Monat zu verzeichnen gehabt. Die Berliner Wehr mußte 500mal ausrücken um Brände zu löschen, die viel Arbeit verursachten, besonders zahlreich waren die Preßkochen- und Dachstuhlbrände. Leider erkrankten auch mehrere Feuermänner, darunter einige recht bedenklich. Die Charlottenburger Wehr wurde 100mal alarmiert, die Nixdorfer 40mal usw. Ganz ungewöhnlich groß war die Zahl der Dachstuhlbrände in Berlin und den westlichen Vororten, Nixdorf und Rankow. Werte von vielen Millionen Mark sind ein Raub der Flammen geworden, und auch Kunstwerke sind in Verlust geraten, die nicht ersetzt werden können.

Die Aufnahme schulpflichtiger taubstummer Kinder in die städtische Taubstummen-Schule, Marktstr. 49, findet wieder anfangs Oktober dieses Jahres statt. Die Eltern und Vormünder solcher Kinder werden darauf aufmerksam gemacht, daß Anmeldungen für das kommende Wintersemester bis spätestens 1. Oktober bei dem Direktor Schorsch, Marktstr. 49, anzubringen sind. Die Eltern erlaubter oder fast schwerhöriger Kinder im vorschulpflichtigen Alter seien darauf hingewiesen, daß die Kinder, die in den ersten Lebensjahren das Gehör völlig oder in hohem Grade einbüßen, in verhältnismäßig kurzer Zeit auch die Sprache verlieren. Ihre Sprechweise wird stammelnd, einzelne Laute fallen aus; die Stimmen werden immer stiller und verstummen schließlich ganz. Die Erinnerung an die früher bestellte Sprache geht verloren, so daß sie in wenigen Monaten den Taubgehöreren gleichen. Es ist nun in vielen Fällen möglich, diesen Kindern, auch wenn sie sich noch im vorschulpflichtigen Alter befinden, den natürlichen Stimmton und den vor Erkrankung des Hörorgans erworbenen Sprachklang zu erhalten, was sowohl für die geistige Weiterentwicklung als auch für den späteren Unterricht von Bedeutung ist. Notwendig ist hierfür eine zweckentsprechende pädagogische Einwirkung. Der Direktor der städtischen Taubstummen-Schule, Schorsch, ist bereit, den Eltern oder anderen Angehörigen von Kindern, die in Gefahr stehen, die Sprache zu verlieren, die notwendige Anleitung zu geben. Er wird zu diesem Zwecke an jedem Montag (mit Ausnahme der Schulferien) von 11 Uhr ab in seinem Amtszimmer, Marktstr. 49, eine pädagogische Sprechstunde halten.

Eine Berliner Sterbefasse vor 1 1/2 Jahrhunderten. Soziale Einrichtungen ähnlich den heutigen Sterbefassen hat es in Berlin schon im 17. Jahrhundert bei einzelnen Gewerkschaften gegeben. Vom Jahre 1754 ist aber ein Statut einer „Cöllner Totenopferkasse“ erhalten, das vieles, für die Geschichte der Sterbefassen interessante bietet. Diese Kasse, die für jedermann errichtet war, unterstand dem Ältesten Johann Friedrich Hanisch zu Cölln an der Spree und zwei Beisitzern; außerdem waren dem Vorstande zur „Erhaltung guter Ordnung“ zwei Schreiber, vier Kollektanten und zwölf Kassenmitglieder beigegeben. Nach der gemüthlichen Sitte jener Zeit beginnt das Statut mit einer längeren Betrachtung über den Tod und die Notwendigkeit, einer Sterbefasse beizutreten, weil „der Mensch, solange er in der Welt lebet, vielen Gefährlichkeiten und Unglücksfällen unterworfen ist, daß derjenige, welcher heute in gutem Wohlstande lebet, in kurzer Zeit in solche Armuth gerathen kann, daß er sich kaum kümmerlich zu erhalten vermag und nach seinem Tode nicht soviel hinterläßt, daß er mit Ehen unter die Erde gebracht werden möge.“

Die Kasse hatte wenige Jahre nach der Errichtung schon 600 Mitglieder. Neueintretende zahlten 6 Groschen „Einkaufsgeld“, außerdem wurden monatliche Beiträge nicht erhoben, sondern nur 2 Groschen Totenopfer bei jedem Todesfall von jedem Mitglied eingezogen. Zur Beerdigung wurden 40 Taler gewährt; besaß die Kasse einen Bestand von 47 Talern, so wurde die nächste Leiche ohne Sammlung des Totenopfers ausgezahlt. Seriet ein Mitglied in langwierige Krankheit oder Armut, so daß er das Opfer nicht leisten konnte, so wurde es ihm gesundet und er blieb Mitglied, solange er lebte. Dagegen wurde bei seinem Tode das rückständige Opfergeld von den 40 Talern abgezogen. Bei 40 Talern enthielt, blieb von weiteren Opfergroßen befreit. Nach den 40 Talern Sterbegeld zahlte die Kasse bei jedem Todesfall an den Vorsteher 14 Groschen, die beiden Beisitzer je 10, den Schreiber 12, die Kollektanten je 23 Groschen und an die 12 Deputierten zusammen 1 Taler, ferner den Armen 6 Groschen (!). Von den genannten Vorstandsmittgliedern wurden Opferbeiträge nicht erhoben; sie waren freie Mitglieder der Kasse. Bezeichnenderweise enthielt das Statut auch einen „Artikel“, wonach Mitglieder, die sich selbst ermordeten oder „wegen großer Uebelthat in Obrigkeitliche Hände“ verfielen, weshalb sie am Leibe oder Leben gestraft wurden, aus der Kasse ausgeschlossen wurden.

Für 20 000 Mark Aktien unterschlagen. Ein Angestellter der Dresdener Bank ist nach Unterschlagung von 20 000 M. Kanadast Aktien aus Berlin geflohen, nachdem er einen Teil der Wertpapiere zu Gelde gemacht hatte. Er hat sich wahrscheinlich nach Südamerika begeben. Ueber den Kassehen erregenden Vorfall gehen uns folgende Mitteilungen zu: Der ungetreue Bankbeamte ist der 24-jährige Fritz Taubert, der auf großem Fuße lebte. In seinem möblierten Zimmer am Planufer 4 sah er häufig Freunde und noch mehr Freundinnen zu kostspieligen Besuchen. In ihrer Begleitung pflegte er auch Automobilfahrten und größere Reisen zu machen. Am Freitag voriger Woche kam er nachmittags in Begleitung eines Mädchens mit einem Automobil vor seiner Wohnung vor-gelassen, holte seinen Koffer heraus und fuhr wieder ab. Nur minderwertige Sachen ließ er zurück. Bei der Bank fiel es auf, daß Taubert, dessen Urlaub gerade zu Ende gegangen war, sich krank meldete. Die Bank pflegt zu Anfang eines jeden Monats alle Depositen zu kontrollieren. Alle Papiere werden hierbei durchgesehen. Eine Nachprüfung ergab jetzt, daß Taubert es bei der letzten Kontrolle verstanden hat, für 20 000 M. Kanadast Aktien verschwinden zu lassen. Die Ermittlungen ergaben, daß er einen Teil davon schon verkauft hat. Ein Konto, das er bei einer Bank angelegt hatte, hat er abgegeben. Nachdem er für 10 000 M. Aktien verkauft hatte, meldete sich Taubert neu ein. Taubert hat ohne Zweifel gewußt, was kommen mußte, und deshalb mit seiner Begleiterin gleich das Weite gesucht.

Ein schweres Brandunglück ereignete sich gestern auf einem Dampfer, der bei Spandau auf dem Spandauer Schiffahrtskanal vor Anker liegt. Der Heizer Prose des Schlepddampfers „Anna“ goß, um ein besseres Feuer zu erhalten, ein großes Quantum Petroleum in die Kesselheizung. In demselben Augenblick schlugen riesige Stachtfammen aus dem Feuerloch hervor und setzten die Aueidung des Heizers in Brand, der im Ru einer lebenden Feuer-säule glück. Dufertend eilte v. nach dem Deck des Fahrgeweges, wo sich die Besatzung des Dampfers zunächst vergeblich bemühte, die Flammen zu ersticken. Schließlich ergriffen zwei beherzte Männer den Unglücklichen und warfen ihn kurz entschlossen über Bord in das Wasser, wodurch die Flammen sofort gelöscht wurden. Wenige Augenblicke später war der Heizer bereits wieder geborgen. Der Verunglückte hatte schwere Brandwunden am ganzen Körper erlitten und mußte in sehr bedenklichem Zustande in das Spandauer Krankenhaus eingeliefert werden.

Erschossen hat sich der Inhaber des Bank- und Wechselgeschäfts Otto Handorf u. Co., Neue Promenade 8, Wlkar in der ver-gangenen Nacht. In Wörntreifen glaubt man, daß Depotunter-schlagungen vorliegen. Das Bankgeschäft besteht seit 1878; es hatte bisher einen guten Namen. Es wurde schon seit einigen Tagen vernicht.

Aus der Haft entlassen worden ist der Bureauvorsteher Julius Rieg, dessen Verhaftung im Zusammenhange mit der Meldung über den verhafteten Rechtskonsulenten v. Häusler in der Veteraniensache mitgeteilt wurde. Rieg erklärt, mit Häusler nichts zu tun zu haben, er habe nur beabsichtigt, dessen Bureau zu übernehmen, wozu es aber nicht gekommen sei.

In der Spree als Leiche wiedergefunden wurde der 88 Jahre alte Padermeiser Karl Seidel, der seit Freitag voriger Woche verschunden war. Seidel betrieb in der Kastanienallee Nr. 13-14 ein Zweigeigenschaft einer hiesigen Großbäckerei. Nachdem er am Freitag mit seinem Militärpaz und einem Revolver seine Wohnung verlassen hatte, ließ er nichts mehr von sich hören. Gestern landete man an der Kronprinzenbrücke seine Leiche aus der Spree.

Eine Familientragödie. Der 45 Jahre alte Arbeiter Richard Koschmid aus der Laufiter Straße Nr. 82 war ein sehr ordentlicher Mann, bis er vor einem halben Jahre durch den Tod seine Frau verlor. Seitdem trant er. Der Mann äußerte wiederholt, daß er sich das Leben nehmen und seine beiden Kinder, einen Sohn von 21 und eine Tochter von 11 Jahren, in den Tod mitnehmen werde. Gestern nachmittags um 1 Uhr, während das Mädchen aus der Straße spielte, erklärte Koschmid, der wieder betrunken war, in der Küche der Kellermwohnung seinem Sohne mit erhobenem Revolver, daß er jetzt mit müsse. Der junge Mann rettete sich durch das Fenster nach dem Hofe. Gleich darauf brachte ein Schuh-Koschmid hatte sich eine Kugel in das Herz geschossen und war sofort tot.

Eine unbekannte männliche Leiche wurde am 29. August, gegen 9 Uhr abends, in Friedrichsfelde in dem nahe der Wiesdorfer Grenze

